

WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT IN BRATISLAVA
FAKULTÄT FÜR ANGEWANDTE SPRACHEN

Evidenznummer:106007/B/2017/36069191763595780

**REFERENDUM ALS INSTRUMENT DER
DIREKTEN DEMOKRATIE IN DER
SCHWEIZ**

Bachelorarbeit

**WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT IN BRATISLAVA
FAKULTÄT FÜR ANGEWANDTE SPRACHEN**

**REFERENDUM ALS INSTRUMENT DER
DIREKTEN DEMOKRATIE IN DER
SCHWEIZ**

Bachelorarbeit

Studiengang: Fremdsprachen und interkulturelle Kommunikation

Studienfach: Fremdsprachen und Kulturen

Bildungseinrichtung: Lehrstuhl für interkulturelle Kommunikation

Betreuer der Abschlussarbeit: doc. PhDr. Radoslav Štefančík, MPol., Ph.D.

Bratislava 2017

Monika Korenačková

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig ohne fremde Hilfe verfasst habe und dass keine Anderen, als die von mir angegebenen Hilfsmittel verwendet wurden.

Datum: 14.4.2016

.....

Danksagung

Zuerst möchte ich mich ganz herzlich für die Betreuung, moralische Unterstützung, wertvolle Ratschläge und Anregungen, welche während meines Schreibens sehr hilfreich waren, dem Herrn doc. PhDr. Radoslav Štefančík, Mpol., Ph.D bedanken.

Abstrakt

KORENAČKOVÁ, Monika: Referendum ako nástroj priamej demokracie vo Švajčiarsku. – Ekonomická univerzita v Bratislave. Fakulta aplikovaných jazykov; Katedra interkultúrnej komunikácie. – Vedúci bakalárskej práce: doc. PhDr. Radoslav Štefančík, Mpol., Ph.D. – Bratislava: FAJ EU, 2017, 52 s.

Cieľom tejto bakalárskej práce je vysvetliť ako funguje priama demokracia vo Švajčiarsku na príklade referend z troch oblastí, politickej, kultúrnej a ekonomickej. V práci sú prezentované okolnosti vzniku, priebehu a výsledkov priameho hlasovania o vstupe Švajčiarska do európskej únie, o zákaze výstavby minaretov a o stanovení minimálnej mzdy na úrovni 18, 50 Eur na hodinu.

Metodologicky je práca spracovaná formou obsahovej analýzy, primárnych prameňov dostupných na webových portáloch švajčiarskych politických strán, ktoré majú zastúpenie v parlamente. Okrem politických strán sú skúmané aj programové dokumenty nezávislých iniciatív, ktoré sú dôležitým aktérom v procese rozhodovania v podmienkach švajčiarskej konfederácie.

Kľúčové slová: priama demokracia, konkordančná demokracia, ľudová iniciatíva, referendum, federalizmus, Švajčiarsko

Abstrakt

KORENAČKOVÁ, Monika: Referendum als Instrument der direkten Demokratie in der Schweiz. – Wirtschaftsuniversität in Bratislava. Fakultät für angewandte Sprachen; Lehrstuhl für interkulturelle Kommunikation. – Betreuer der Bachelorarbeit: doc. PhDr. Radoslav Štefančík, Mpol., Ph.D. – Bratislava: FAJ EU, 2017, 52 S.

Das Ziel dieser Bachelorarbeit ist es zu erklären, wie die direkte Demokratie auf den Beispielen aus den drei Bereichen funktioniert. In dieser Arbeit wurden die Themen aus dem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich erwähnt. In dieser Arbeit sind die Umstände der Entstehung, den Fortschritt und Ergebnisse der direkten Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union, den Minaretten Bauverbot und über die Festlegung des Mindestlohns auf dem Niveau von 18,50 Euro pro Stunde dargestellt.

Methodologisch wird die Arbeit durch Inhaltsanalyse von Primärquellen auf den Webportalen der Schweizer politischen Parteien verarbeitet, die ihre Vertretung im Parlament haben. Außer den politischen Parteien untersucht man auch die Programmunterlagen der unabhängigen Initiativen, die in Bezug auf die Schweizerische Eidgenossenschaft wichtige Akteure im Entscheidungsprozess sind.

Schlüsselwörter: direkte Demokratie, Konkordanzdemokratie, Volksinitiative, Referendum, Föderalismus, die Schweiz

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Einleitung..... | 8 |
| 1. Direkte Demokratie aus theoretischer Betrachtung | 11 |
| 1.1. Definition und Charakteristik der direkten Demokratie..... | 11 |
| 1.2. Die Vorteile und Nachteile der direkten Demokratie | 15 |
| 1.2.1. <i>Die Vorteile der direkten Demokratie</i> | 16 |
| 1.2.2. <i>Die Nachteile der direkten Demokratie</i> | 17 |
| 2. Normative Grundlage der direkten Demokratie in der Schweiz..... | 20 |
| 2.1. Historische Entwicklung der Schweizerischen Eidgenossenschaft | 20 |
| 2.2. Struktur des politischen Systems | 22 |
| 2.3. Gewaltentrennung | 23 |
| 2.3.1. <i>Gesetzgebende Gewalt - Die Legislative</i> | 23 |
| 2.3.2. <i>Ausführende Gewalt - Die Exekutive</i> | 24 |
| 2.3.3. <i>Rechtsprechende Gewalt - Die Judikative</i> | 24 |
| 2.4. Die politischen Rechte der Schweiz..... | 24 |
| 2.4.1. <i>Das obligatorische (Verfassungs-) Referendum</i> | 25 |
| 2.4.2. <i>Das fakultative Referendum</i> | 26 |
| 2.4.3. <i>Die Volksinitiative</i> | 26 |
| 2.5. Föderalismus | 29 |
| 2.6. Konkordanzdemokratie | 30 |
| 3. Kontroverse Referenden | 32 |
| 3.1. EU - Beitritt..... | 32 |
| 3.2. Minarettenbauverbot | 35 |
| 3.3. Mindestlohn-Initiative..... | 38 |
| Schlussfolgerung..... | 41 |
| Resumé..... | 44 |
| Literaturverzeichnis | 47 |

Einleitung

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Frage der direkten Demokratie in der Schweiz. Dieses Land unter den Alpen zählt zu den ältesten Demokratien in Europa und auch in der Welt. Das Land wurde im Jahre 1291 gegründet und von Anfang an wurde das wichtigste Wort dem einfachen Menschen gegeben. Die drei damaligen Urkantone (Schwyz, Uri, Unterwalden) suchten einen eigenen Weg, den Weg der Freiheit und Unabhängigkeit von den Habsburgern.

Aus dem oben genannten Grund ist die heutige Schweiz in der Welt gerade dadurch bekannt, wie das stimmberechtigte Volk in vielen Fragen durch die Volksabstimmung, aber auch durch die Volksinitiative oder an der sogenannten Landsgemeinde, der einfachsten und ältesten Form der direkten Demokratie, entscheiden kann. In der Schweizer Legislative gibt es keine gravierenden Hindernisse, im Unterschied zu der Slowakei, und deswegen können die Schweizer nicht nur über triviale Fragen entscheiden, sondern auch über Menschenrechte oder Finanzen, was zum Beispiel in der Slowakei nicht möglich ist. Die Schweiz ist aus diesem Grund ein spezifisches Beispiel eines Landes, in denen die Leute die Instrumente der direkten Demokratie so oft nutzen, wie nirgendwo in der Welt zu finden ist. Erst viermal pro Jahr gehen die Schweizerinnen und Schweizer zur Abstimmungsurne.

Die Zukunft der direkten Demokratie in der Schweiz ist immer noch ein heikles Thema der öffentlichen Debatte. Vor allem wegen Ambitionen einiger Politiker, bzw. politischen Parteien der Europäischen Union beizutreten. Es bleibt nämlich eine offene Frage, wie die politischen Mechanismen der Schweizer direkten Demokratie mit den ziemlich zentralisierten Entscheidungsmechanismen von Brüssel kompatibel sind. Es ist doch bekannt, dass bestimmte EU-Verordnungen von den Mitgliedsstaaten automatisch übernommen werden müssen. Es ist jedoch nicht der Fall der Schweiz, wo das Volk bei den wichtigsten Themen das letzte Wort haben muss. Aus diesem Grund gibt es mehrere Stellungnahmen und Interpretationen der direkten Demokratie, die in der vorliegenden Arbeit näher erläutert werden, um den ganzen Prozess besser zu verstehen.

Das Ziel der vorliegenden Bachelorarbeit ist zu erklären, wie die direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert, wie sie die Entscheidungsmechanismen in der Schweiz beeinflusst, und welche Fragen die einheimische Gesellschaft gerade durch das Referendum lösen musste. In der Arbeit werden also theoretische Betrachtung der direkten Demokratie, ihre grundlegende Werte, ihre Bedeutung und auch die

Charakteristik der direkten Demokratie in der Schweiz und die allgemeinen Auswirkungen auf die Funktionen des politischen Systems des Landes näher erläutert.

Im Zusammenhang mit den Zielen ist die Arbeit in drei Teile gegliedert. Das erste Kapitel wird aus der theoretischen Betrachtung und der Aufmerksamkeit auf die Charakteristik der direkten Demokratie durch die unterschiedlichen Meinungen und Ansichten der berühmten Persönlichkeiten wiedergegeben. Zum besseren Verständnis der direkten Demokratie braucht es einen kurzen Einblick über die Entwicklung aus dem alten Griechenland bis hin zur Gegenwart darstellen. Die direkte Demokratie ist nämlich keine Schweizer Erfindung, sondern ihre Anfänge kann man gerade in der antiken Zeit finden. Danach wird die direkte Demokratie mit der Form der repräsentativen Demokratie verglichen. In diesen Zusammenhang wird auch die Krise der repräsentativen Demokratie mit ihren schweren Folgen erwähnt. Weiter widmet man sich den Vorteilen und Nachteilen der direkten Demokratie.

Im zweiten Kapitel wird ein kurzer Überblick über den historischen Kontext der Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft dargestellt. Weiter wird das schweizerische politische System und ihre Hauptprinzipien erörtert. Es wird ein Versuch unternommen auf die Frage zu antworten, unter welchen Bedingungen das politische System, die Gewaltentrennung und die Volksabstimmungen funktioniert, wenn die Elemente der direkten Demokratie so stark sind.

Schließlich wird das wichtigste Instrument der direkten Demokratie in der Schweiz, und zwar das Referendum am Beispiel der konkreten Themen dargestellt. Methodologisch wurden die konkreten Beispiele aus drei Bereichen ausgewählt, also ein aus dem politischen Bereich (Integration der Schweiz in die EU), ein aus einem kulturellen Bereich (Bauverbot von Minaretten) und ein aus dem Bereich der Wirtschaft (Mindestlohn). Man kann behaupten, dass gerade die ausgewählten Volksabstimmungen viele Kontroversen hervorgerufen haben.

Was die Methodologie dieser Untersuchung betrifft, wird es analytische und historische Methode verwendet. Bei der Ausarbeitung des ausgewählten Themas lagen relativ viele Informationen vor. Die ausgewählte Literatur widmet sich der Problematik der Demokratie und liegt den Schwerpunkt auf die direkte Demokratie in der Alpenrepublik.

Die Frage der direkten Demokratie widmete sich bis heute eine große Anzahl der Autoren, zum Beispiel Robert Dahl oder neulich gestorbener italienischer

Politikwissenschaftler Giovanni Sartori. Das Initiative- und Referendum-Institute Europa bietet qualitative Aufarbeitung der Problematik der Referenden in der Schweiz.

In der Arbeit werden mehrere Typen von Quellen verwendet. Die Grundlage war sowohl Fachliteratur als auch Primärquellen in der Form von Internetquellen, sowohl in der slowakischen, als auch in der deutschen und der englischen Sprache. Im dritten Teil der Arbeit werden auch offizielle statistische Informationen und mit Abschnitte der Schweizerischen Bundesverfassung analysiert.

1. Direkte Demokratie aus theoretischer Betrachtung

1.1. Definition und Charakteristik der direkten Demokratie

„Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk.“ (Abraham Lincoln)

In seiner wichtigsten Rede im Jahre 1863 hat Abraham Lincoln eine der berühmtesten Definitionen der Demokratie verwendet. Aus dieser Definition geht hervor, dass das Volk die Regierung frei wählt und es durch das Volk für das Volk und für Interesse des Volkes ausgeführt wird. Diese Beschreibung ist sehr breit, aber im Folgenden werden verschiedene Aspekte der Demokratie und der direkten Demokratie erklärt.

Egal ob in den Medien oder direkt zwischen Menschen, wir treffen uns mit dem Begriff Demokratie und ihre verschiedene Varianten jeden Tag. Viele Menschen haben den Eindruck, dass sie diesen Begriff sehr gut verstehen. Aber fragt man sie was Demokratie eigentlich genau bedeutet, haben sie Probleme das näher zu erläutern. die Demokratie ist ein sehr komplexes Thema. Diese Tatsache hat Wilmoore Kendall charakterisiert: *„Môžeme dúfať, že pochopíme existujúce demokracie jedine do tej miery, ako sme pripravení vziať do úvahy intenzitu problému a komplikácie, ktoré prináša.“ (Kendal, nach Sartori, 1993, S. 215).*

Demokratie entwickelte sich über die Jahre von Land zu Land unterschiedlich. Vor 100 Jahren war es noch unvorstellbar, dass es irgendwann mal ein Wahlsystem gibt, was Männer und Frauen gleich stellt. In der heutigen Zeit kann man sich das gar nicht mehr vorstellen, dass Frauen nicht an einer Wahl teilnehmen dürfen und reiche Männer einen größeren Einflussfaktor auf die Wahl als ärmere Männer haben.

Heutzutage ist die Demokratie eine Grundvoraussetzung der sozialen Werte und Prinzipien. Dieses Wort wird leider nur als eine Abstraktion bezeichnet, die den Sinn nur dann erreicht, wenn es speziell und klar definiert ist. Die Grundprinzipien sollten klar und prägnant definiert werden und deswegen müssen wir konkret sein, was wir unter dem Begriff Demokratie verstehen.

Wie bereits erwähnt wurde, kommt es beim Verstehen des Begriffes der Demokratie zu großen Verwirrungen. A. Tocqueville war dieses Problem schon bewusst: *„Es ist unser Gebrauch der Wörter „Demokratie und demokratische Regierung“, der zu grofiter Verwirrung fuhr. Solange diese Wörter nicht einvernehmlich klar definiert sind,*

leben die Menschen in einem unbehebbaaren Gedankenwirrwarr, sehr zum Vorteil von Demagogen und Despoten.“ (Tocqueville, 1865, S. 184).

Das nächste Problem bei der Definition der Begriffe Freiheit und Demokratie deswegen entsteht, dass die Begriffe verwechselbar sind, aber sie nicht als Synonyme gelten. Oftmals kommt es zu Missverständnissen, weil wir das nicht klar spezifizieren können. Im Laufe der Geschichte könnten wir beobachten, wie eine zahlreiche Menge der berühmtesten Autoren den Begriff “Demokratie“ definieren wollte. Laut Platons Schüler Aristoteles ist die Freiheit mit guten Sitten verbunden. Die Freiheit ist der Grund des demokratischen Staates und es basiert auf der Fähigkeit der Selbstentscheidung. Sartori (1993, S. 186- 192) erwähnt, dass die wirkliche Freiheit die Autorität akzeptiert und dies gilt gegenseitig. Freiheit, die nicht die Autorität akzeptiert, bedeutet eigenmächtige Freiheit.

Historischer Prozess der Freiheit – Sensibilisierung hat nach Hegel in orientalischen Despotismus begonnen, die jedoch die Freiheit einer einzigen privilegierten Person verknüpften. Griechen und Römer haben die Freiheit zwischen mehrere Mitglieder anerkannt. Laut Hegel haben die germanische Völker es als erstes verstanden sich für ihre Freiheit einzusetzen und die Entwicklung des Christentums vervollkommen haben.

Daraus folgte, dass die Menschen seit jeher ihre Freiheit für sich in Anspruch nehmen wollten. Im Jahre 1898 hat niemand damit gerechnet, dass die Berliner Mauer fällt und dass nach ein paar Monaten später auch der Eiserner Vorhang an die Länder des Ostblocks fällt, der durch die kommunistischen Ideologien geprägt war. Das Regime ist gefallen und wir konnten die Freiheit und Demokratie und ihre Vorteile nutzen. Als Beispiel dienen die heutigen Schriftsteller und Musikanten, die sich schon frei äußern durften.

Der Begriff Freiheit ist vielfältig. Jeder stellt sich die Freiheit anders vor und deswegen wird es oft für die ideologische Manipulation missbraucht. Wir unterscheiden zwischen die politische Freiheit, die Freiheit der Bewegung und Ausdrucks, die Freiheit der Religion aber auch die Freiheit der Wirtschaftstätigkeit. Wenn wir alle diese Freiheiten kombinieren, kann man von einer wirklichen Freiheit sprechen. Freiheit ohne Demokratie ist aber nicht völlige Freiheit. Zu einer kurzen Zusammenfassung erwähnen wir die grundlegende Definitionen der Demokratie und was genau dieser Begriff Demokratie bedeutet.

Demokratie ist in der Tat eine Reihe von Ideen und Prinzipien der Freiheit, aber auch eine Reihe von Praktiken und Verfahren, die über eine lange Geschichte geschaffen wurden. Einfach gesagt, Demokratie ist institutionalisierte Freiheit. Robert Dahl behauptet: *„Obhajcovia a odporcovia demokracie už dlho uznávajú, že demokracia je spojená so slobodou inak, než ktorýkoľvek iný režim. Pretože určité práva, slobody a možnosti sú nevyhnutné pre samotný demokratický proces, pokiaľ bude existovať tento proces, potom musia existovať aj tieto práva, slobody a možnosti“* (Dahl, 1995, S. 84).

Nach der grundlegenden Definition ist Demokratie die Regierung des Volkes, in dem die größte Macht das Volk hat und es wird direkt oder durch ihre gewählten Vertreter ausgeübt. Wir unterscheiden zwischen zwei Arten von Demokratie – direkte und repräsentative (indirekte) Demokratie.

Französischer Moralist und Denker Jean Jacques Rousseau, der als Großvater der Demokratie angesehen wird, hat die allgemeine Theorie der direkten Demokratie entwickelt. Seine Vorstellung von einer idealen Gesellschaft ist, dass die Bürger direkt bei der Erstellung von Gesetzen beteiligt, die ihr Leben leiten und selbst beeinflussen können. Direkte Demokratie bedeutet für ihn das Instrument, mit dessen Hilfe die Leute die Freiheit erreichen können, also die Autonomie in Bezug auf Gehorsam gegenüber dem Gesetz. Anders gesagt, die Menschen sind nur dann frei, wenn sie sich direkt und ständig in der Gestaltung des Lebens in dem Land, in dem sie leben, beteiligen. *„Všetci občania by sa mali spoločne stretávať a rozhodovať o tom, čo je pre nich najlepšie, a tak prijímať príslušné zákony. Akékoľvek zákony, ktoré neboli prijaté a schválené občanmi, nie sú platné“* (Held, 1989, S. 30).

Daher ist es klar, dass Rousseau den Begriff der politischen Repräsentation als Vermittler von Interessen und den Willen der Menschen ablehnt. Die Frage was überhaupt die Demokratie ist, wurde erst im 6. und 5. Jahrhundert vor Christi Geburt gestellt, wenn in Griechenland die ersten demokratischen Gemeinden gegründet waren.

Die alten Griechen waren die ersten, die sich mit der Demokratie und anderen Formen der Regierung beschäftigten. Die Möglichkeit an der Regierung teilzunehmen, war nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung möglich. Die Frauen, Personen ohne Staatsbürgerschaft und natürlich die Sklaven konnten nicht selbst entscheiden. An der Regierung durften nur erwachsene Männer teilnehmen. Griechische Demos enthielt nicht das ganze Volk, sondern es war nur eine kleine Gruppe von privilegierten Bürgern, denen es ermöglicht wurde an der Volksversammlung teilzunehmen (Welwei, 1998). Griechische Demokratie war direkt. Das repräsentative Prinzip war weder bekannt, noch

erforderlich, da die Große des damaligen Athen erlaubte, dass die griechischen Demos durch die Volksversammlung an der Gestaltung der Gesetze des Staates teilnahmen.

Am Ende des 17. Jahrhunderts wurden die großen Nationalstaaten gegründet. Für diese Staaten wurde die direkte Demokratie unmöglich. Die Vertretung wurde zum Teil der modernen Demokratie und diese Vertretung erlaubte die Umsetzung der demokratischen Regierung in den großen Nationalstaaten. Die ehemaligen mittelalterlichen Ständeversammlungen haben sich zu den demokratischen Vertretungsorganen entwickelt, bei denen die entscheidende Position die Vertreter der Bürger repräsentieren.

Indirekte oder repräsentative Demokratie ist eine Art von Demokratie, in der die Menschen ihren Vertreter wählen, die dann die Entscheidungen in ihrem Interesse treffen. Die gewählten Vertreter sollten in einer Weise abstimmen und entscheiden, die das Interesse der Wähler unterstützt und reflektiert. Im Gegenteil zu der repräsentativen Demokratie, in der direkten Demokratie können sich alle Bürger direkt an der offenen Abstimmung beteiligen. Hier können wir Sartori zitieren: „*Priama demokracia poskytuje ľudu kontinuálnu účasť na priamom výkone moci, kým nepriama demokracia zväčša predstavuje systém obmedzenia a kontroly moci. V súčasných demokraciách sú tí, čo vládnu, a tí, ktorým sa vládne. Na jednej strane je štát a na druhej strane občania*“ (Sartori, 1993, S. 282).

Die heutige moderne repräsentative Demokratie ist das Ergebnis der Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten für alle Schichten der Bevölkerung und der Gewaltenteilung. In den letzten Jahren treffen wir uns oft mit sogenannter Krise der repräsentativen Demokratie.

Es tauchen immer mehr sichtbare Mängel der repräsentativen Demokratie auf. Hier fehlt das Vertrauen in der Fähigkeit der politischen Parteien diese Forderungen in das politische System zu integrieren.

Die Bürger nehmen immer mehr häufiger die politischen Fehler der Regierung wahr, die zu den Gruppen verschiedener sozialwirtschaftlichen Auswirkungen und den Einfluss der Interessengruppen unterliegt. Als Folge der ständig zunehmenden Skandale der herrschenden Elite und ihrer Korruption vertieft sich die Kluft zwischen den Bürgern und Politikern. Daraus entsteht die politische Apathie, die derzeit durch die niedrige Wahlbeteiligung in fast allen entwickelten Ländern manifestiert wird.

Als weiterer negativer Aspekt der Krise der repräsentativen Demokratie kann das Problem der Partizipation der Bürger an öffentlicher Verwaltung sein. Politische

Partizipation bedeutet Beteiligung der Bürger am politischen Leben des Landes, nämlich die Teilnahme an den Betrieb des Staates. Laut Lijphart ist die Abstimmungs-beteiligung „...ein ausgezeichneter Indikator für die Qualität der Demokratie.“ (Lijphart, 1994, S. 4)

Die Hauptursache der geringeren politischen Partizipation der Bürger für die Politik ist mangelndes Interesse seitens der Bürger. Dieses Desinteresse stammt aus der Enttäuschung der politischen Entwicklung und aus der ungünstigen wirtschaftlichen Situation im Land stammen. Zu diesem Problem äußert sich auch Mikulčíková „*Strany v čase rýchlych hospodárskych zmien sú obviňované z nepružnosti a z neschopnosti adekvátne reagovať na nové výzvy, čo v konečnom dôsledku vedie k nespokojnosti s existujúcim stavom politického systému a v krajom prípade môže vyústiť až do politického extrémizmu*“ (Mikulčíková, 2008, S. 271). Auf der anderen Seite kann das Desinteresse auch aus der Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Situation im Land stammen. (z. B. die Schweiz). Der Partizipationsmangel kann zu einem Problem der Legitimität des ganzen politischen Systems zu führen. Die Legitimität nach Lipset äußert „*die Fähigkeit des Systems zu schaffen und den Glauben halten, dass die bestehenden politischen Institutionen am besten für das Unternehmen geeignet sind*“ (Lipset, 1960, S. 77).

Die repräsentative Demokratie hat öffentlich auch Gluchman kritisiert: „*Fakt, že vlády môžu realizovať rozhodnutia, s ktorými nesúhlasí väčšina občanov, prezrádza podstatu tohto systému, v ktorom sa nejedná o vládu ľudu, ale stále o vládu nad ľuďom*“ (Gluchman, 2011, S. 37).

1.2. Die Vorteile und Nachteile der direkten Demokratie

Direkte Demokratie ist ein komplexes System mit einer großen Anzahl an Wahlberechtigten. Und hier entstehen viele Fragen. Wie können wir den Menschen einen direkten gemeinsamen Zutritt zu politischen Verhandlungen sichern?

Es existieren viele Meinungen zum Thema der direkten Demokratie. Es gibt Ansichten dass, die Form der direkten Demokratie die beste sei, während die Anderen nur die Probleme, die bei der Entstehung der direkten Demokratie hervorheben.

Wir werden die grundlegenden Vorteile und Nachteile der direkten Demokratie erwähnen und die repräsentative Demokratie im Gegensatz zu der direkten Demokratie vergleichen. In den letzten Jahren konnten wir immer mehrere Staaten dabei beobachten,

wie sie ihren Bürgern die Möglichkeit gaben sich in direkten Demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

1.2.1. Die Vorteile der direkten Demokratie

Die Argumente, die für die direkte Demokratie stehen, sind oft als Mangel der repräsentativen Demokratie wahrgenommen.

Die repräsentative Demokratie repräsentiert manchmal das Interesse der Wähler nicht. Der Grund dafür kann zum Beispiel der Druck zwischen den Parteimitgliedern zu sein. Es wird von ihnen erwartet, dass sie hauptsächlich die Interesse ihrer politischen Partei folgen, aber nicht die Interessen der Bürger. Lincolns Spruch, dass die Demokratie für das Volk ist, gilt nur dann, wenn das direkte Ergebnis der Regierung nur die Interessen dieser Menschen sind. Eine ähnliche Meinung hat auch John Stuart Mill: *„Ludia môžu chrániť svoje práva a záujmy pred zneužívaním vládou a tými, ktorí ovplyvňujú alebo kontrolujú vládu, len pokiaľ majú plnú účasť na tom, ako určovať správanie vlády“* (Dahl, 1995, S. 88).

Nach dieser Theorie kann die repräsentative Demokratie nicht wirklich demokratisch sein. Eine Person kann nicht alle Interessen aller Menschen zu verteidigen. Der Mangel an Transparenz im Rahmen der repräsentativen Demokratie kann als ein weiterer Vorteil der direkten Demokratie sein. Die Befürworter argumentieren, dass die Menschen in der direkten Demokratie zu den betreffenden Themen direkt abstimmen, was zu mehr Transparenz führt. Es kann bedeuten, dass die Korruption und Nepotismus weniger deutlich sind.

Als weiteres Argument für die direkte Demokratie ist, dass in der repräsentativen Demokratie die Bürger das Recht auf eine Abstimmung über den Verlauf an einen von ihnen gewählten Vertreter abgeben und dieser für sie die politischen Interessen handhabt. Diese Tatsache kann zu politische Apathie der Bürger führen. In der direkten Demokratie haben sie nicht die Möglichkeit nur ab und zu mehrmals pro Jahr zu wählen, sondern sie können auch über das ganze Jahr hinweg zwischen den Wahlen wählen. Die Bürger finden ihren Platz bei der Ausübung der Macht und des Rechts für die öffentlichen Sachen in Form eines Referendum oder Plebiszit.

Der demokratische Prozess von Dahl ist in mindestens drei Punkten besser als die der anderen Verfahren. Es unterstützt die Freiheit wie keine andere Regierungsform. Wie uns die Geschichte gezeigt hat, hatten Menschen die, die Idee zu demokratischen Prozesse

unterstützen, Neigung zu der Forderung von anderen Freiheiten. Zweitens, es fordert nicht nur der demokratische Prozess der menschlichen Entwicklung in seiner Moralaufonomie, sondern auch für die eigene Entscheidungsverantwortung. „*Je to najistejší spôsob, ktorým ľudia môžu chrániť a presadzovať svoje záujmy a dobro, ktoré zdieľajú s ostatnými*“ (Dahl, 1995, S. 283).

Die direkte Demokratieträgt mehr zu der Zufriedenheit der Bürger bei und zu einer größeren Legitimität. „*Priama demokracia podporuje politickú stabilitu a spokojnosť so systémom, ako i sociálnu súdržnosť, keďže rozhodnutia, na ktorých sa podieľajú občania, sú v oveľa väčšej miere akceptovateľné, než rozhodnutia prijímané výlučne parlamentom*“ (Mikulčíková, 2008, S. 272).

Zu den bekanntesten Theoretikern, der für die direkte Demokratie argumentiert hat, haben wir schon Jean Jacques Rousseau erwähnt. Das Volk ist nach seiner Vorstellungen der Inhaber der hoheitlichen Macht und es gibt die Macht nicht weiter an andere Behörden. Rousseaus direkte Demokratie basiert auf direkten, öffentlichen Abstimmung über die Gesetze und wichtige Entscheidungen als auch über die direkte Durchsetzung solcher Entscheidungen.

1.2.2 Die Nachteile der direkten Demokratie

Die Nachteile der direkten Demokratie sind auch offensichtlich. Die direkte Demokratie ist am besten an kleineren Systemen anwendbar. Ihre Anwendung ist in einem größeren Maßstab in Bezug auf die Praktikabilität und Effizienz viel komplizierter. Die Referenden in großen Gemeinschaften sind langsam und teuer, was zur Apathie der Wähler führt und sie sind dann interessenlos und haben eine verringerte Motivation, besonders im Fall von wiederholten Fragen und Themen, die für die Wähler nicht wichtig sind. Die Entwicklung der Technologien, wie z.B. leistungsfähigen Computern und Internet gibt uns neue Hoffnung auf die umfangreiche Anwendung der direkten Demokratie. Als Gegenargument können wir wahrnehmen, dass die Referenden auf nationaler Ebene erfolgreich stattfinden, z. B in der Schweiz. Es wäre Unsinn, wenn die ganze Nation über die Fragen abstimmen müsste, die sich nur auf eine Stadt oder Region beziehen. Ein weiteres Argument gegen die direkte Demokratie ist, dass die Bürger wenige notwendige Kenntnisse und emotionale Neutralität haben, um objektiv über die öffentlichen Sachen zu entscheiden. Die Wähler werden oft als unfähig bezeichnet, weil sie nicht in der Lage seien, sich eine eigene Meinung zu bilden. Dieses Argument hat

seine Geschichte und wir spüren Diskrimination dafür. Diese Diskrimination richtete sich gegen das allgemeine Wahlrecht. Wie zum Beispiel der Frauenabstimmung oder das Wahlrecht für Schwarze in Südafrika usw. Sartori unterscheidet zwischen Information und Erkenntnis: „*Poznanie nepochybne informáciu predpokladá, ale z definície nevyplýva, že ten, kto je o niečom informovaný, to aj pozná*“ (Sartori, 1993, S. 120). Die Vertreter der direkten Demokratie sind davon überzeugt, dass dieses Argument nicht stichhaltig ist. Sie verlassen sich auf die positiven Erfahrungen von der Schweiz. Um Wiederlegung dieser Behauptung können wir auch das folgende Zitat erwähnen: „*Voliči (...) nemusia mať podrobné vedomosti o problémoch, ale o hlavných záležitostiach, o ktoré ide. Tie však nie sú odbornej povahy, ale nesú so sebou základné rozhodnutia (napr. posudzovanie hodnôt), ktoré je volič kvalifikovaný robiť rovnako ako politik*“ (Frey a Bohnet, 1994).

Als wichtiger Nachteil sehen wir, dass die politischen Fragen oft so kompliziert sind, dass nicht alle Wähler sie verstehen können. Der Durchschnittsmensch hat nur wenige Informationen über die entscheidenden Fragen. In einer repräsentativen Demokratie haben die Vertreter oft überdurchschnittliche Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Befürworter der direkten Demokratie behaupten, dass die Gesetze nicht so kompliziert sein müssen. Die Kritiker bezweifeln, dass die Gesetze vereinfacht werden konnten und argumentieren, dass viele der Fragen einfach spezifische fachliche Ansätze erfordern um ein Gesetz so zu formulieren, damit keine Schlupflocher entstehen können.

Jos Verhulst und Arjen Nijeboer berichten in ihrer Studie über eine Reihe von Einwendungen gegen die direkte Demokratie. Als Beispiel erwähnen wir die Möglichkeiten in Referenden die Fragen zu erklären. Die Wähler können sich in einem Referendum zu den Fragen nur mit den Wörtern Ja und Nein äußern. Hier gibt es keinen Raum zur Präsentation der eigenen Meinung. Dieser Nachteil war auch der ehemalige belgische Ministerpräsident Jean-Luc Dehaene: „*Ich kenne nur paar Probleme, die mit dem Wort Ja gelöst werden können.*“ (Verhulst und Nijeboer, 2007, S. 71)

Die Befürworter erwähnen die Schweiz als Beispiel, weil es da eine Vielzahl vom sehr interessanten Experimente mit Multiple – Choice Auswahl gibt. Die Wähler müssen sich nicht dann auf die eine beschränkte Frage "Ja oder Nein" beziehen, sondern sie können auch ihre eigene Vorschläge und Änderungen äußern. Eine der Einwände der obengenannten Studie ist, dass es zu einer Manipulation bei der Fragestellung kommen kann. Nach diesem Einwand ist es möglich die Frage so um zu gestalten einzuwickeln, damit die Wähler am Ende sogar entgegen ihren eigenen Überzeugungen abstimmen.

Solche schwierige Situationen entstehen, in denen die Bürger " Ja" äußern sollen, wenn sie gegen den Vorschlag sind oder umgekehrt. Dies war der Fall bei der französischen Stadt Belfort, wenn der Stadtrat die Frage so formuliert hat, dass die Gegner Belfort Parkplatz mit dem Wort "Ja" zu wählen hatten.(Verhulst und Nijeboer, 2007)

Es ist schwer mit Sicherheit zu sagen, welche der Formen der Demokratie die Beste ist. Es ist aber klar, dass die Demokratie in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erlebt. Es gibt immer mehr Länder die, die Elemente der direkten Demokratie nutzen, besonders die Referenden. Laut Adriana Mikulčíková hat die direkte Demokratie bestimmte eigene Vorteile, aber einige Prozesse können gerade durch diese Art des Entscheidungsmechanismus mehr kompliziert werden, oder eventuel, sie verlangsamt werden, wenn gerade durch die Volksabstimmung ein Teil der Gesellschaft vor hat, irgendwelche Entscheidung zu boykottieren (Mikulčíková, 2008, S. 274).

2. Normative Grundlage der direkten Demokratie in der Schweiz

2.1. Historische Entwicklung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Die Schweiz ist ein kleines Land in den Alpen im Herz des Osteuropas. An der Kreuzung der deutschen, französischen, italienischen Sprachen und Kulturen. Es ist das Land der Gegensätze.

Im Jahre 1798 blickte ganz Europa und natürlich auch die Schweiz gebannt auf die Revolution in Frankreich. Napoleon hat es geschafft die Ideen der Revolution in einer Monarchie einzubringen. Sein Ziel war sein Gedanke „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in ganz Europa zu verbreiten. Dafür ging er auch über Leichen und eben auch über der Schweiz. Napoleon marschierte mit seinen Truppen in die kleine Schweiz ein. Er stört die Macht der Adelsfamilie. „Confoederatio Helvetica“ (Helvetische Republik) wurde ausgerufen. Die Regierungen in den Kantonen wurden durch eine einzige Regierung mit Hauptsitz in Aarau ersetzt. Die Macht der Kantone wird sehr stark eingeschränkt. Die Schweiz ist nur ein Zentralstaat, da die ganzen Entscheidungen von Aarau aus diktiert werden. Doch die Meinungen über Napoleon sind gespalten. Unzufriedene Bürger begrüßen den Einmarsch, weil der Zehnt und die Untertan Gebiete abgeschafft haben. Zudem wurden auch die Meinungen der Pressefreiheit eingeführt. Gerade erst sind die Schweizer von der Macht der Adelsfamilien befreit worden. Und nun sind sie einer anderen Macht unterlegen, nämlich Napoleons. Doch nach kurzer Zeit merkte Napoleon, dass die Helvetische Republik auseinander zu brechen droht. Ohne den Zehnt hat der Staat zu wenig Geld, um zu überleben. Bevor die Lage eskalieren kann, greift Napoleon persönlich ein. Er diktiert eine neue Verfassung, die Mediationsakte.

„Das Schweizer Volk ist, wie ich ärgerliche Weise feststellen musste, nicht dazu bestimmt für einheitlich zu wählen, die Sprache zu vielseitig, die Kulturen zu verschieden, die Mentalitäten zu unterschiedlich, und trotzdem glaube ich, dass die Schweiz, die Kantone wie unterschiedlich sie auch seien mögen, zusammengehören. Und darum glaube ich, dass meine Mediationsakte die Schweiz vorwärts bringen wird“ (Napoleon, 1803).

In Napoleons Mediationsakte von 1803 werden folgende Punkte beschrieben:

- Untertanengebiete werden endgültig abgeschafft, z. B spaltet sich Watt von Bern ab
- Im Gegenzug bekommen die Kantone immer mehr Recht und Macht.
- Rechtsgleichheit wird eingeführt
- Aufhebung des Zunftzwangs, jeder kann seinen erwünschten Beruf erlernen
- Niederlassungsfreiheit, jeder Schweizer darf sich in der Schweiz frei bewegen und niederlassen
- Handels- und Gewerbefreiheit
- Kalenderreform, dies war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Bundesstaat.

Doch die Idee der Mediationsakte hält nicht lange an. Nach den Gräueltaten von Napoleon musste sich ganz Europa neu ordnen. Der Wiener Kongress fand im Jahre 1815 statt. Dadurch kamen die Adelsfamilien wieder an die Macht. Die alte Ordnung herrschte wieder. Ein neuer Schweizer Bundesvertrag wurde geschrieben. Genf, Wallis und Neuchâtel gehören nun neu zu der Schweiz. Graubünden verliert jedoch die furchtbaren Weltlinien. Zu dem erklärt sich die Schweiz offiziell als neutraler Staat. In vielen Köpfen ist das Recht auf Freiheit schon stark verankert. Die Schweizer können sich mit dem Gedanken nicht abfinden, schon wieder Untertanen zu sein. Sie wollen ihre Freiheit nicht verlieren. (<http://www.geschichte-schweiz.ch>, 2001)

Es bildeten sich zwei Parteien, die Liberalen und die Konservativen. Die Liberalen kämpften für ihre Freiheit und fordern eine neue demokratische Bundesverfassung. Die Konservativen wollen die bestehende Ordnung bewahren. Das war vor allem in den katholisch geprägten Kantonen so. Dazu gehören die Innenschweiz, das Wallis und auch Freiburg. Die Stimmung zwischen den zwei Parteien wird immer angespannter.

Aus den Liberalen spaltet sich eine neue Gruppe ab, die Radikalen. Sie sind sehr Kirchenfeindlich und wollen mit ihren Befreiungstruppen die konservative Kantone befreien. Die Konservativen fühlen sich dadurch bedroht und schließen sich 1845 zum Sondern Bund zusammen. Die anderen zwei Parteien sehen dies jedoch als Verletzung des Bundesvertrags an und fordern eine augenblickliche Auflösung des Sondern Bunds. Die Konservativen gehen aber nicht auf ihre Forderungen ein. Der Sonderbunds Krieg entfacht.

Als General Guillaume-Henri Dufour, der die Liberalen zum Sieg führte, dauerte der Krieg lediglich nur 26 Tage und endet mit der Kapitulation der Konservativen. Durch

den Sieg der Liberalen wird 1848 eine neue Bundesverfassung ausgearbeitet. Sie wird demokratisch angenommen, Bundes-, National- und Ständerat werden eingeführt. Initiativen werden möglich, Geld und Masse werden vereinheitlicht. Die Telegraphen und das Eisenbahnnetz wurden verstaatlicht. Die Aufgaben von Bund und Kantonen wurden neu eingeteilt.

Der Bund ist für folgende Punkte zuständig:

- Außenpolitik
- Post und Zollwesen
- Münzen, Masse und Gewichte
- Telegraphennetz

Die Kompetenzen bei den Kantonen legen bei:

- Der Steuerhoheit
- Dem Schulwesen
- Der Rechtsprechung
- Die Infanterie, als dem Fußtruppen

(<http://www.geschichte-schweiz.ch>, 2001)

2.2. Struktur des politischen Systems

Das politische System der Schweiz dient sowohl den Einzelinteressen als auch dem Allgemeininteresse. Dieses politische System schafft ein hohes Maß an Zufriedenheit und Gerechtigkeit. Probleme mit der Politik gibt es auf verschiedenen Ebenen und darum unterscheidet man Gemeinde-, Kantons-, Bundes-, Europa- und Weltpolitik. In dieser Arbeit liegt der Schwerpunkt bei der Gemeinde, Kanton und Bund.

Die Verfassung ist das Grundgesetz eines Landes und beschreibt Akteure, Prozesse und Leistungen. Die Schweizer Verfassung wurde 1848 geschaffen und im Jahre 1874 revidiert. Die wichtigsten Volksrechte auf Bundesebene wurden in diesem Jahr mit dem fakultativen Gesetzreferendum und im Jahre 1891 mit der Verfassungsinitiative eingeführt. Dieses Dokument stellt eine wichtige Quelle dar und wir werden uns ab und zu darauf beziehen. (<https://www.vimentis.ch>, 22.3.2012)

2.3. Gewaltentrennung

Die Schweiz besteht aus 26 Kantonen, wovon 20 Vollkantone und 6 Halbkantone unterschiedlicher Größe sind. Jeder Kanton, bzw. Halbkanton hat eine eigene Verfassung, eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament und Gericht und eine eigene Polizei. Die Macht im Staat soll auf drei voneinander unabhängige Behörden aufgeteilt werden: Gesetzgebende Gewalt (Legislative), Ausführende Gewalt (Exekutive) und Richterliche Gewalt (Judikative).

Eine Person soll nicht in diesem Staat zu viel Macht haben, deswegen darf niemand gleichzeitig in mehr als in einer der drei Bundesbehörden – dem Parlament, der Regierung und dem obersten Gericht arbeiten.

2.3.1. Gesetzgebende Gewalt - Die Legislative

Das Parlament der Schweiz wird vom Volk gewählt und heißt Vereinigte Bundesversammlung, weil es aus zwei Kammern besteht. Grund zu dieser Kammer Einführung war das, dass die großen Kantone die kleineren dann nicht überstimmen können, weil in den größten fünf Kantonen (Zürich, Bern, Waadt, Aargau, Genf) mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung von der Schweiz leben. Konkret sind es der Nationalrat und Ständerat. Diese Räte sind gleichgestellt und beide Räte wählt das Volk direkt.

Die sogenannte große Kammer, der Nationalrat repräsentiert die Bundesbevölkerung mit 200 Mitgliedern, die alle vier Jahre neu gewählt werden und diese wählt das Volk nach gemeinsamen eidgenössischen Regeln. Jeder Kanton erhält mindestens einen Sitz.

Die zweite kleine Kammer, der Ständerat vertritt die Kantone mit 46 Mitgliedern. Jeder Kanton darf zwei Personen in den Ständerat wählen. Der Ständerat wählt das Volk gemäss kantonal unterschiedlichen Bestimmungen.

In beiden Fällen sind die Wahlkreise die Kantone. (Gabriel, 1993, S. 23-42)

2.3.2. Ausführende Gewalt - Die Exekutive

Das Parlament der Schweiz wählt die Regierung, also die Exekutive. Die Schweizerische Exekutive besteht aus einem siebenköpfigen Bundesrat und hat die zusätzliche Unterstützung eines Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin, deren Amtszeit beträgt vier Jahre. Gemeinsam führen sie die politischen Entscheidungen aus. Es gibt kein richtiges Staatsoberhaupt, aber einer von den sieben Bundesräten ist für ein Jahr Bundespräsident. Für ihn gilt die Bedingung *Primus inter pares*, das heißt Erster unter Gleichgestellten. Aus diesem folgt, dass der Bundespräsident nicht übergeordnet ist, sondern er hat die gleichen Rechte und leitet die Bundesratssitzung und übernimmt besondere Repräsentationspflichten. Der Bundeskanzler und der Bundespräsident sind lediglich Leiter ihrer Abteilung. Die Verteilung der Departemente wird durch die Bundesräte selbst durchgeführt.

2.3.3. Rechtsprechende Gewalt - Die Judikative

Das oberste Gericht in der Schweiz ist das Bundesgericht in Lausanne und in Luzern. Das Bundesgericht besteht aus 38 Mitgliedern sowie 19 Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern. Die Bundesrichter werden durch die Bundesversammlung gewählt. Ihre Amtsdauer beträgt sechs Jahre und sie sollen das Verhältnis der Parteienstärken im Parlament widerspiegeln. Dabei ist es wichtig, dass hier alle Sprachen und Regionen vertreten sind. Auf Bundesebene gibt es auch zwei instanzliche Gerichte seit 2004, das Bundesstrafgericht in Bellinzona und seit 2007 das Bundesverwaltungsgericht in Bern.

Das Bundesgericht ist das höchste Gericht in der Schweiz und überwacht die Einhaltung der Regeln und Gesetze. Es ist aber auch ein Appellationsgericht. Seine Organisation ist sehr kompliziert. (Gabriel, 1993, S. 23-42)

2.4. Die politischen Rechte der Schweiz

Es gibt in keinem anderen Land der Erde so viel Bürgerbeteiligung in den Sachen Politik wie es in der Schweiz der Fall ist. Rund 50 Prozent aller Volksentscheide weltweit finden hier statt. Das Volk kann über Initiativen und Referenden direkten Einfluss auf

die Regierungstätigkeit nehmen. Und zwar in der Kommune, im Kanton und sogar im Bund.

Unter dem Begriff Referendum versteht man das Einsprechen der Aktivbürgerschaft, der Vereine, der Interessengruppen gegen eine Gesetzesvorlage. Wenn die Volksrechte beim Bund weniger ausgebaut als bei den Kantonen sind, ist ihr System relativ komplex. Beim Referendum unterscheiden wir zwischen dem doppelten Mehr für die Verfassungsebene und dem der Gesetzebene einfachen Mehr auf sowie die Sonderbestimmungen für das Völkerrecht.

Die Schweizer Bundesverfassung unterscheidet zwischen zwei Formen der Referenden, obligatorisches und fakultatives. Obligatorisches Referendum ist in Art. 140 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft verankert.

„Volk und Stände werden zur Abstimmung unterbreitet:

- *die Änderungen der Bundesverfassung*
- *der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften*
- *die dringlich erklärten Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt*

Diese Bundesgesetze müssen innerhalb eines Jahres nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden.“

(<https://www.admin.ch/>, 1999)

2.4.1 Das obligatorische (Verfassungs-) Referendum

Bei der obligatorischen Nachentscheidung wird die Verfassung mit ihren Änderungen bei Genehmigungen von Staatsverträgen, diese für den Beitritt zur überstaatlichen Organisationen bzw. Gemeinschaften geregelt sind sorgen, somit für eine kollektive Sicherheit. Das Wort „obligatorisch“ bedeutet nicht, dass das jeden Bürger oder jede Bürgerin an der Abstimmung teilnehmen muss, sondern dass das Referendum in jedem Falle veranstaltet werden muss, weil es um eine sehr wichtige Frage geht.

Will man eine Verfassung ändern, funktioniert das folgende Wahlsystem so, dass jeder Vollkanton, der die Änderung annimmt als eine Stimme zählt und jeder Halbkanton (Basel Stadt, Basel Land, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Obwalden und Nidwalden) als eine halbe Stimme gilt. Der Verfassungsantrag gilt als abgelehnt, wenn

beim Stimmenpatt des Kantonmehr (Schweizer Wort für die Mehrheit) nur 11,5 von 23 Ständestimmen erreicht wurden, da das obligatorische Referendum doppelte Mehr von Volk und Kantonen verlangt. So ist das politische System der Schweiz geregelt.

2.4.2. Das fakultative Referendum

Alle völkerrechtliche Verträge, Gesetze und allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse die nicht befristet, nicht kündbar sind und eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung oder einer internationalen Organisation herbeiführen, werden vom Parlament mit einer Referendums Klausel versehen. Soll ein Parlamentsbeschluss innerhalb von drei Monaten per Volksabstimmung unterstellt werden, so braucht es dafür 50.000 Stimmbürger. Stimmt die Mehrheit nicht für, die neue Vorlage kann das Gesetz nicht in Kraft treten (einfaches Volksmehr). Bei einem sog. Dringlichkeitsrecht für Beschlüsse die zeitlich dringend sind, kann das ordentliche Referendum aufgeschoben werden. Dafür bedarf es aber der absoluten Mehrheit beider Kammern. Das Volk und Ständen müssen die Beschlüsse ohne zureichende Verfassungsgrundlage innerhalb der Jahresfrist genehmigen. Ansonsten gelten sie für dieses Jahr nicht mehr und können auch nicht mehr erneut werden, da die Dringlichkeit grundsätzlich befristet ist. Bei Beschlüsse, die verfassungskoform sind, kann zwar das Referendum sofort ergriffen werden, nur hat es aber bloß eine resolutive Wirkung. Wird der Beschluss in einem Jahr nach Annahme durch die Bundesversammlung nicht mit dem Volksmehr entschieden so tritt es außer Kraft und kann nicht mehr erneuert werden. Der Beschluss kann dann verlangt werden, wenn kein Referendum verlangt wird. Durch das Dringlichkeitsrecht ist es manchmal möglich langwierige Genehmigungen in der Referendumsdemokratie aufzuschieben ohne sie aufzuheben und zeitlich unaufschiebbare, befristete Beschlüsse sofort zu erfassen. In den frühen 1970er Jahre war die letzte Periode für die häufige Anwendung des Dringlichkeitsrechts. (Auer, 1976)

2.4.3. Die Volksinitiative

Um eine Änderung oder Neuanschaffung eines Verfassungsartikel oder eines Begehrens was konkret ausformuliert ist, verlangt es für die Aufhebung 100.000 Bürger. Beim zustande kommen einer Volksinitiative wird sie vom Bundesrat und vom Parlament

beraten und von den Stimmbürgern vorgelegt, wo die Empfehlung meist aber ablehnend ist. Das Parlament kann aber gleichzeitig den Stimmbürgern einen anderen Gegenvorschlag vorlegen. Um eine Verfassungsinitiative anzunehmen, braucht es analog zum Verfassungsreferendum das doppelte Mehr von Volk und Ständen. Wird in der Abstimmung die Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag angenommen, entscheidet das Volksmehr über eine angefügte Eventualfrage, welcher dieser beiden Vorschläge angenommen ist. Im Jahr 2003 konnte man ein angenommenes Verfassungszusatz der eine Allgemeine Anregung in Form der Gesetzinitiative mit einführen wollte, nicht umsetzen da die Beratung des Ausführungsgesetzes sich als zu kompliziert erwies. Deswegen hat man auf eine Umsetzung verzichtet. Die Gemeinden und Kantone kennen eine vergleichbare Regelung der Volksrechte. Darunter gibt es folgende Hauptunterschiede.

Im Gegensatz zum Bund kennen die Kantone auch die Gesetzinitiative. Bei wichtigen Verwaltungsentscheiden (z. B. bei Ausgabe und Planungsbeschlüssen) kommt das obligatorische oder fakultative Referendum zum Zuge.

Volkrechte sind in den Gemeinden unterschiedlich aufgebaut. In der deutschschweizerischen Gemeinden spielen die Referendum und Initiative eine größere Rolle als in der Westschweiz, deren Kantone eher vom französischen Repräsentativsystem geprägt sind (Linder, 1999).

Zur kurzen Zusammenfassung zeigt die Tabelle die Instrumente des Referendums und die Volksinitiative beim Bund.

Tabelle 1: Instrumente der direkten Demokratie in der Schweiz

| INSTRUMENT JAHR DER EINFÜHRUNG | ANWENDUNGSBEREICH | ERFORDNIS FÜR ZUSTANDEKOMMEN | BEMERKUNGEN |
|---|---|---|---|
| Verfassungs-(1848) und Staatsvertragsreferendum (1921, 1971) (obligatorisch) | Alle Verfassungsänderungen sowie für den Beitritt zu supranationalen Organisationen oder solchen kollektiver Sicherheit | - | Volks- und Ständemehr |
| Gesetzesreferendum (1874) (fakultativ) | Alle Gesetze sowie referendumpflichtige Bundesbeschlüsse | 50. 000 Unterschriften oder 8 Kantone | Einfaches Volksmehr |
| Staatsvertragsreferendum (1921, 1977) (fakultativ) | Ein Teil der Staatsverträge | 50. 000 Unterschriften oder 8 Kantone | Einfaches Volksmehr |
| Resolutives Referendum (1949) (Nachträgliche Aufhebung eines Bundesbeschlusses) (fakultativ oder obligatorisch) | Für dringliche Bundesbeschlüsse, welche die Bundesversammlung dem Referendum entzieht | Nichtverfassungskonform: Obligatorische Abstimmung. Verfassungsmäßig: 50. 000 Unterschriften | Beschluss tritt nach einem Jahr in Kraft, falls nicht verfassungskonform oder falls obligatorisches bzw. fakultatives Referendum erfolgreich |
| Verfassungsinitiative auf Totalrevision (1848) | Gesamterneuerung der Verfassung | 100. 000 Unterschriften | Erreicht das Begehren das Volksmehr, wird das Parlament neu gewählt und die Totalrevision ist an die Hand zu nehmen |
| Verfassungsinitiative auf Teilrevision (1891) | Ausformulierter Vorschlag oder allgemeine Anregung | 100. 000 Unterschriften | Werden nach Behandlung durch Bundesrat und Parlament zur Annahme oder Verwerfung empfohlen. Möglichkeit des Gegenvorschlags. Volks - Ständemehr |

Quelle: Linder, 1999.

2.5 Föderalismus

Föderalismus bedeutet eine Art der vertikalen Gewaltenteilung, bei der die Entscheidungsmechanismen in vielen Fragen zwischen dem Bund und den Kantonen den Gemeinden aufgeteilt ist (Štefančík, 2012), anders gesagt von oben nach unten, vom Staat auf die Region, bzw. auf die Gemeinde. Der Grundgedanke dieser Art der Gewaltenteilung ist es ein Ziel zu erreichen, dass die Probleme dort gelöst werden sollen, wo sie tatsächlich entstehen. Die Schweiz ist ein typisches Beispiel für den Föderalismus, man kann sogar behaupten, dass die regionale, bzw. kantonale Identität für viele Bürger wichtigere Rolle spielt, als die nationale Identität. Und jede der drei Ebenen kennt eigene Mechanismen der direkten Demokratie.

Die drei oben genannten Ebenen haben ihre eigene Verantwortung und Bereiche, in denen sie ihre Aufgaben selber wahrnehmen. Bei gewissen Aufgaben arbeiten der Bund, die Kantone und die Gemeinden auch zusammen.

Der Bund nimmt zusätzlich nur jene Aufgaben wahr, die für die ganze Schweiz einheitlich geregelt werden sollen. Beispielsweise für die Militär, Verteidigung, Finanzwesen oder für die Währung zuständig ist. Alle Aufgaben des Bundes sind in der Bundesverfassung aufgelistet. Dieser müssen neben dem Volk auch die Kantone zustimmen.

Die Kantone entscheiden also mit welche Aufgaben der Bund haben soll. Die 26 Kantone (davon sind sechs die sog. Halbkantone, obwohl es um eine offizielle Bezeichnung geht) bilden die zweite staatliche Ebene Sie sind in vielen Bereichen eigenständig und können auch selber Gesetze machen. Die Kantone sind beispielsweise für die Polizei oder für das Schulwesen zuständig. Dennoch müssen sie sich an gewisse Regeln halten.

Die Gemeinden bilden die dritte und die niedrigste Ebene der vertikalen Gewaltenteilung. Jede Gemeinde gehört zu einem der sechsundzwanzig Kantone. Weil alle Kantone die Aufgabe ihrer Gemeinden selber festlegen, unterscheiden sich diese von Kanton zu Kanton. Grundsätzlich sind die Gemeinden für die Organisation vor Ort zuständig. Beispielsweise für den Bau eines neuen Schulhauses oder die Wasserversorgung.

Befürworter eines starken Föderalismus finden es wichtig, dass die Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Leute davon betroffen sind. Zudem entstehen durch den Föderalismus neue Lösungsideen. Regelt eine Gemeinde oder ein

Kanton eine Aufgabe neu und macht gute Erfahrungen damit, können auch andere diese Idee übernehmen.

Kritiker eines starken Föderalismus stören sich daran, dass die gleiche Aufgabe von Kanton zu Kanton anders gelöst werden kann, was weitere politische Probleme auflöst. Sie sprechen dann von „Kantönligkeit“. Beispiele sind die Unterschiede beim Fremdsprachenunterricht, oder dass ein Student je nach Kanton ein höheres oder tiefes Stipendium erhielt. (Germann, 1986)

2.6 Konkordanzdemokratie

Nach Lipjhart (1984) entspricht die Schweizerdemokratie dem Idealfall der „Consensus Democracy“ und deswegen bildet sie einen Gegenpol zu dem mehrheitsdemokratischen Modell. Unter dem Begriff Konkordanzdemokratie kann man einen Entscheidungsmechanismus verstehen, in denen Vertreter aller wichtigsten sozioökonomischen gesellschaftlichen Gruppen involviert sind. Also das bedeutet, dass niemand aus diesem Prozess ausgeschlossen ist (Lehmbruch, 1967). In der Praxis funktioniert diese Art des Entscheidungsprozesses vor allem in den heterogenen Gesellschaften, also in denen Gesellschaften, die aus verschiedenen Gründen nicht homogen sind und nach bestimmten Kriterien gespaltet sind. Zum Beispiel wegen Religionszugehörigkeit oder wegen starker politischer Polarisierung. Die Schweizer Konkordanzdemokratie beruht sowohl auf der sprachlichen als auch auf der konfessionellen Polarisierung, die die historische Entwicklung der Schweiz sehr intensiv prägte (Linder, 2010, 2003).

Die Schweizer haben eine Konkordanzdemokratie, das bedeutet, dass sie keine reale Koalition und keine reale Opposition (Linder, Schwarz, 2008) haben (die vier größten Parteien sind in der Regierung vertreten und insgesamt können gerade diese vier Parteien mit ca 90 Prozent aller Mandate im Parlament rechnen) und alle wichtigen Parteien in die Regierungsverantwortung eingebunden sind. Jede größere Partei hat das Recht und die moralische Pflicht den bestmöglichen Regierungsmember zu wählen. Es wurde im Detail über die Gesetze diskutiert mit dem Aufwand bereits im Parlament die gesamtgesellschaftliche Vereinbarung zu schaffen mit dem Ziel, die Mehrheit der Bevölkerung zufrieden zu stellen und nicht durch das Referendum weiter zu belasten. Auf Bundesebene zeigt sich dies in der Besetzung des Bundesrates nach der sogenannten Zauberformel (2x CVP, 2x FDP, 2x SP, 1x SVP) (Ladner, 2002). Beim

Gesetzgebungsprozess im Parlament kommt es zu Konflikten, weil die einzelnen Parteien in politischen Sachfragen unterschiedlichen Meinungen sind und es kann zu Minderheitssituationen führen. Von Jahre 1959 bis 2003 war die Regierung nach dem Modell 2:2:2:1 gestellt, jeweils zwei Minister standen für die Sozialdemokratische Partei (SP), Liberalen (FDP), Christdemokratische Partei (CVP) zur Verfügung und einen Vertreter hatte die Schweizerische Volkspartei.

Bis heute dominieren die vier Parteien die Nationalpolitik. Im Parlament sind insgesamt 13 Parteien vertreten und weitere Parteien existieren in den Gemeinden und Kantonen. (<https://www.vimentis.ch/>, 2016)

3. Kontroverse Referenden

3.1. EU - Beitritt

Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich verschiedene Länder in Europa dazu entschieden, stärker zusammen zu arbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit entstand die Europäische Union. Die EU ist aber kein eigener Staat, sondern ein Zusammenschluss von einzelnen Staaten. Heute hat die Europäische Union 28 Mitgliedsstaaten und wirtschaftliche, sowie politische Ziele. Ein gemeinsames Ziel ist zum Beispiel der europäische Binnenmarkt. Ein Binnenmarkt ist ein gemeinsamer Markt in dem frei gehandelt werden kann und deswegen sorgt die EU für einheitliche Regeln. Neben dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit fordert und regelt die EU die Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen. Zum Beispiel bei der Umwelt, der Bildung oder beim Verkehr. Die Aufgaben sind dann zwischen der EU und der Mitgliedstaaten aufgeteilt. Die EU kann nur jene Aufgaben übernehmen, die in Verträge geregelt sind. Mit diesen Verträgen müssen alle Mitgliedstaaten einverstanden sein.

Die Schweiz ist ein neutraler Staat, dessen Neutralität ein wichtiger Wegweiser seit ihrer Gründung ist. Es gibt mehrere Institutionen, wo die Schweiz schon ein Mitglied ist, zum Beispiel die Vereinten Nationen. Einige Parteien versuchen jedoch die Schweiz auch in die Europäische Union zu integrieren.

Die Schweiz ist kein Mitglied der EU, sie arbeitet aber eng mit ihr zusammen aufgrund verschiedener bilateralen Verträge. Dafür hat sie unter anderem die Bilateralen Verträge I und II mit der EU abgeschlossen. Mit diesen Verträgen kann die Schweiz unter anderem auch im europäischen Binnenmarkt handeln. Zudem regelt sie die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel im Thema der Personenfreizügigkeit, ein Vertrag über das Schengen- Abkommen oder Medien, Bildung und Umwelt.

In der modernen Schweizer Geschichte gab es verschiedene Versuche die Schweiz an die EU anzunähern, diese Versuche waren nicht bis heute jedoch nicht erfolgreich. So lehnte das Schweizer Stimmvolk 2001 den EU- Beitritt ab, stimmte aber mehrmals für die Bilaterale Verträge. Dass die Schweiz und die EU sich aktuell in verschiedenen Punkten nicht einig sind, ist ein Grund dafür, dass immer wieder über eine gemeinsame zukünftige Beziehung diskutiert wird. Dabei gibt es drei unterschiedliche Meinungsvertreter.

Auch heute gibt es in der Schweiz eine intensive Diskussion über den EU-Beitritt. Die Vertreter einer Seite sind der Meinung, dass die Bilateralen Verträge gut für die Schweiz sind und weiter geführt werden sollen oder sogar ausgebaut werden sollen, aber dennoch gegen einen Beitritt in die EU sind. Wiederum sind andere Vertreter gänzlich gegen die Zusammenarbeit mit der EU oder gar einen Beitritt in die EU.

Es gibt aber noch Vertreter der Meinung, dass die Schweiz heute schon in vielen Bereichen wie ein EU Mitgliedsstaat agiere aber nicht wie diese mitbestimmen darf und sie deshalb für einen EU- Beitritt sind.

Als der wichtigste EU-Gegner gilt auch heute die Graue Eminenz der Schweizerischen Volkspartei Christoph Blocher, der damalige Präsident der Zürcher SVP. Er führte ganz intensiv eine Kampagne gegen den EU-Beitritt eingeführt. Seine Position vertritt er mit folgenden Worten: *„Es ist keine Lösung, Grenzen aufzumachen, tiefere Löhne einzuführen um dann eine hohe Arbeitslosigkeit zu haben und in eine Ordnung hineinzugehen, in der wir mehr Bürokratie und Regulierungen bekommen. Ich habe jeden Tag mindestens einen Vortrag gegen den Europäischen Wirtschaftsraum gehalten. Ich habe also ein paar Millionen Franken in diesen Kampf hineingeschickt.“* Dann hat er gesagt: *„Jetzt geht es um die Schweiz. Aber wir hatten auch ein unglaubliches Engagement der einfachen Leute auf unserer Seite.“*

Die ersten Versuche das Land in die internationalen Organisationen zu integrieren gab es jedoch in den Neunzigern Jahren. In der Referendumsabstimmung vom Dezember 1992 sagte das Schweizer Volk zum Europäischen Wirtschaftsraum Nein. Es brachte eine Zensur in der schweizerischen Europapolitik. 16 von 23 abgelehnt. 49,7 % JA gegen 50,3% NEIN. (<http://www.swissinfo.ch/>, 2.12.2012)

Die nächste Abstimmung über den EWR- Beitritt veränderte die politische Landschaft in der Schweiz. Diese Abstimmung teilte das Land in zwei Welten, in Gewinner und Verlierer. Neben dem Bundesrat stand auf der Verliererseite auch die Wirtschaft. Jean – Pascal Delamuraz war ein überzeugter Europäer und seine Niederlage war sehr bitter als die französisch – sprachige Minderheit, der er angehorte zu mehr als 70% Ja gestimmt hatte. (<http://www.nzz.ch/>, 18.5.2012)

Es hat Jahre gebraucht, um die EU vom Gegenteil zu überzeugen. Zehn Jahre nach der EWR Abstimmung traten die ersten Bilateralen Verträge in Kraft. Auch die EU hat ein Interesse mit der Schweiz Verträge abzuschließen. Sie wollte zum Beispiel den Transitverkehr regeln. Der Bilateral Weg ist ein Weg, der erlaubt die Souveränität und Eigenschaften zu erhalten. Der Bilateral Weg gilt seit jeher als Königsweg für die

Schweiz. Hundertzwanzig Bilateral Abkommen bildet ein Grundstein für das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahren. Die Schweiz ist der drittichtigste Wirtschaftspartner der EU. Die EU befürchtet, dass die Schweiz mit der Bilateralen Verträge besser gestellt ist als ihre eigenen Mitglieder. Sie wollte mit der Schweiz ein Rahmenabkommen vereinbaren. In der Schweiz hat die Bevölkerung das letzte Wort, dieses Prinzip wäre teilweise ausgeschaltet worden. Das hat damals auch der Bundesrat gesehen.

Die Situation heute ist mit der Situation vor mehr als 20 Jahre vergleichbar, in der Zeit vor dem EWR. Auch damals ging es um eine Weichenstellung. Damals befindet sich Europa im Umbruch, der kalte Krieg geht dem Ende entgegen, der Fall der Berliner Mauer stand bevor, die Grenzen öffneten sich. Die Wende ließ Europa stärker zusammenwachsen. Die Geburtsstunde des neuen Europas war Anfang Januar 1998.

Der damalige Kommissionspräsident Jaques Delors beschwor die neue europäische Einheit. *„Wir müssen ein Organisation finden, gemeinsame Entscheidungs- und Verwaltungsorgane haben.“* Gemeint ist der ERW. In der Schweiz, im Bundesrat hörte man genau zu, kurz zuvor hatte man sich klar für den Alleingang ausgesprochen. Doch nun schien eine Zwischenlösung möglich. Dabei sein, aber ohne Beizutreten und wichtig Mitreden zu dürfen. (<http://www.zeit.de/>, 1992)

Die Vorverhandlungen begannen in Genf. Die Mitgliedsländer der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) suchten gemeinsame Position, doch schon als sich die Delegation an den Verhandlungstisch setzten, merkten sie, dass das Versprechen der Europäer gebrochen wurde. Eine Mitsprache wurde ihnen kategorisch verweigert. Zahlreiche EFTA-Länder, wollen nun so rasch wie möglich der Europamitgliedschaft beitreten.

1991 bei den Hauptverhandlungen in Brüssel, wurde immer klarer das wichtige Verhandlungsziele der Schweiz nicht erreicht werden. Die Schweiz musste weit mehr nachgeben als sie ursprünglich wollte. Aus einer Verhandlung über den gemeinsamen Binnenmarkt wurde ein Kräftemessen. Die Europäische Gemeinschaft wie die EU damals hieß gegen die EFTA. Weil viele EFTA Staaten der EG beitreten wollten, stand die Schweiz mit ihrer Forderung nach Mitsprache allein auf weiter Fuhr.

Franz Blankhart, der damalige Staatssekretär hat gesagt, dass sie damals aus den Verhandlungen austreten sollten, da die Bedingungen andere waren als gedacht und das wollte der Bundesrat nicht. Dass sie nicht entscheiden konnten, war für die Schweiz ein sehr entscheidender Punkt, es wäre dann ein völliger Souveränitätsverlust. Die Schweiz

wollte keine Supranationale Organisation beitreten. Aus den Verhandlungen auszusteigen war aber auch kein Thema. Der Bundesrat äußerte sich, dass der EWR in Ordnung wäre. Wir konnten den für ein paar Jahre akzeptieren. Doch wir können das nur akzeptieren, wenn das Ziel der Beitritt ist. Ein Vollbeitritt hätte das politische System einschneidend verändert. Für viele war die Ankündigung überraschend. Aus heutiger Sicht sind die Reaktionen positiv. Der EWR öffnet den Weg der Schweiz in die EG. Das ist eine Chance, die die Schweizer ausnutzen sollen. (Benesch, 2007, S. 7)

Obwohl die Schweiz ganz weit von einem EU-Beitritt entfernt ist, kamen sie eben den Forderung nach, dass die Schweiz eben einen institutionellen Rahmen brauchte. Dabei stellt sich wieder die Frage der Souveränität. Mitbestimmen, ohne dazu zu gehören. Die Suche nach neuen Lösungen beginnt. Heute werden europäische Gesetze in der Schweiz automatisch übernommen. Die Schweizer wollen an der Entscheidungsfindung teilnehmen und eigenen Einfluss haben. Der Bundesrat hat nun der EU vorgeschlagen, weiterhin den Bilateralen Weg zu verfolgen.

Wie der dargestellte Überblick über den Weg der Schweiz in die EU zeigt, ist die Diskussion über die Zukunft der Schweiz in Europa noch nicht abgeschlossen. Da es in der Schweiz immer noch Vertreter des EU-Beitrittes in der Politik aktiv sind, kann man vermuten, dass das Volk wieder über dieses Thema in der Volksabstimmung entscheiden wird. (Schweizerisches Bundesarchiv, 2016)

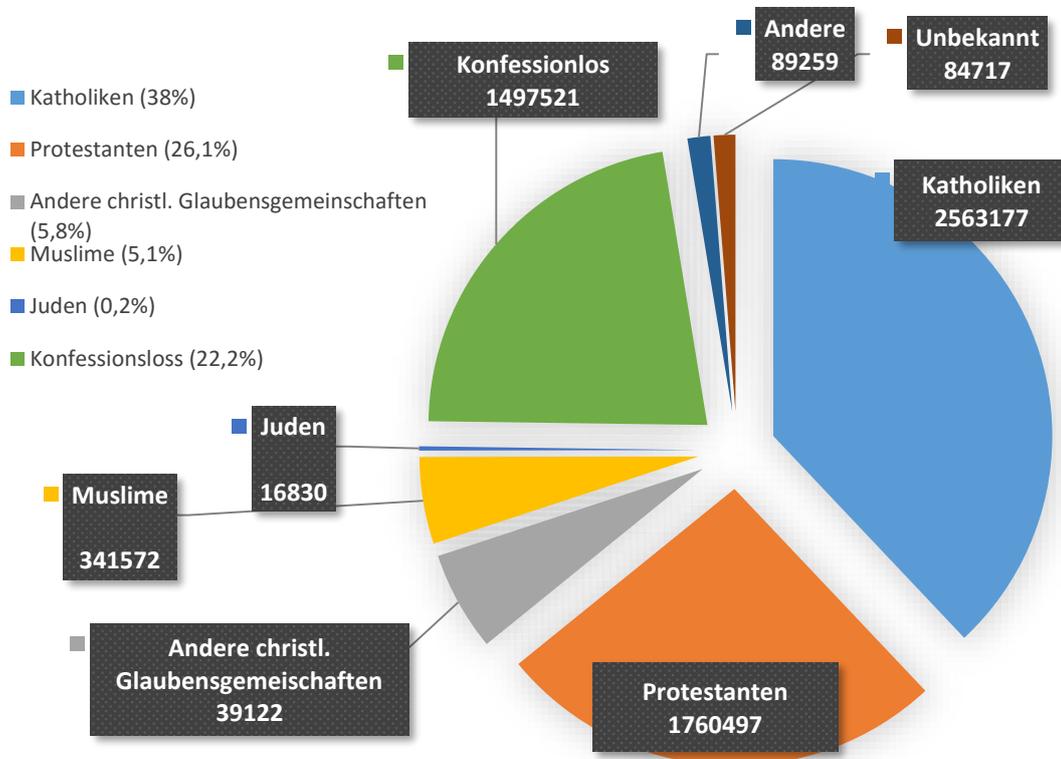
3.2. Minarettenbauverbot

Aus kultureller Perspektive wurde die Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem typischen Einwanderungsland. Heutzutage leben in der Schweiz mehr als zwei Millionen Zuwanderer. Die Schweiz wurde zu einem Einwanderungsland vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in erster Linie in den 90er Jahren, als sich die politische sowie ökonomische Situation in ost- und mitteleuropäischen Staaten absolut verändert hat. Das Regime hat sich gewechselt, die Diktatur ist gefallen, und damit wurden die Grenzhemmnisse abgeschafft, was eine sehr wichtige Voraussetzung für die internationale Migration war. Seit dieser Zeit gab es eine riesige Welle der Arbeitsmigration aus der mitteleuropäischen Region Richtung Schweiz.

Seit zehn oder zwanzig Jahren migrieren in die Schweiz auch viele Ausländer aus nichteuropäischen Staaten, die nicht als christlich gelten und vor allem muslimisch sind. Zurzeit leben in der Schweiz über 400.000 Muslimen (Bundesamt für Statistik 2017).

Die meisten Einwanderer leben in großen Städten, wo genug Arbeitsplätze zu finden sind, wie: Zürich, Genf oder Bern.

Graphik 1: Religionen in der Schweiz



Quelle: <http://www.bfs.admin.ch/>, 31.1.2017

Die Folge dieser nichteuropäischen Zuwanderung war unter anderen auch das Eindringen der muslimischen Kultur und auch einiger Aspekte der muslimischen Religion in die Kultur der Schweizer autochthonen Gesellschaft. Mit diesem Prozess war jedoch nicht einheimische Schweizer Bevölkerung nicht zufrieden, was sich in der Politik sowohl auf der kantonalen als auch auf der nationalen Ebene widerspiegelte. Eines der meistdiskutierten Fragen im Zusammenhang mit der Massenmigration und der Integration von Zuwanderern waren die religiösen Bauten, bzw. Moscheen und Minaretten.

Am 29. November 2009 haben sich die Schweizer in der Abstimmung für den Minaretten-Bau Verbot in ihrem Land geäußert. Es war die erste direkte Abstimmung über den Islam und über die muslimischen Praktiken in Europa. Nach statistischen Angaben bildet die muslimische Bevölkerung etwa fünf Prozent der Schweizer Bevölkerung, was ungefähr 400.000 Menschen darstellt. Die meisten Muslime sind Einwanderer aus dem Balkan, aus Kosovo, Albanien und Bosnien, die es in die Schweiz

in den 90er Jahren wegen Bürgerkrieg in dem ehemaligen Jugoslawien kamen, aber sie praktizieren den Islam nicht. Von den 150 Moscheen auf dem Gebiet der Schweiz sind nur vier mit einem Minarett und der Islam ist heute die zweitgrößte Schweizer Religion. Da muss man sagen, dass eine konkrete politische Partei und zwar die Schweizerische Volkspartei (SVP) ihre Wähler vor allem durch dieses Thema mobilisiert hat. Dank dieses Themas ist heute die SVP, eine rechtskonservative populistische Gruppierung, die größte und die stimmstärkste Partei und gerade diese Partei versucht durch verschiedene Organisationen den Islam irgendwie zu stoppen.

Das Minarett stammt aus dem Arabischen und bedeutet „Lichthaus“ oder „Leuchtturm“. Es ist ein erhöhter Standplatz oder Turm mit Zwiebelkuppel, der für den Gebetsrufer (Muezzin), der von hier fünfmal am Tag zum Gebet die Muslime ruft. Zuerst singt er das Lied zum obligatorischen Gebet und dann liest er vereinfachte religiöse Texte.

Der eigentliche Zweck dieser Tradition war das, dass der Islam für ungebildete, arme Menschen in einer leicht verständlichen Form illustriert werden sollte. Zur gleichen Zeit diente der Moscheeturm als Klimaanlage in heißen Klimazonen der arabischen Staaten, aber es befindet sich nicht neben jeder Moschee. Wegen des technologischen Fortschritts begann man bei Minaretten die Lautsprecher zu installieren und viele Menschen sind mit ihrem Ausbau wegen erheblichen Geräuschpegels nicht einverstanden.

Das Referendum war von einer signifikanten Medienkampagne begleitet, die unter dem Motto „Stopp Islam“ geführt war. Die Medien und Menschen haben diese Kampagne als deutlich rassistisch gekennzeichnet.

„Minarett hat nichts mit Religion zu tun. Es ist ein Symbol der politischen Macht, Auftakt zur Umsetzung der Scharia.“ sagte Ulrich Schlüer, ein Mitglied der rechtsgerichteten Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Architekt dieser Kampagne war. Damit drückte er eindeutige Stellungnahme der Partei zu dem Islam. (Kivisto, 2014, S. 133)

Die Kampagne vor dieser Abstimmung war sehr umstritten. Im ganzen Land erschienen die Poster und Plakate, die das muslimische Minarett in der Form einer Rakete neben einer Frau in einem schwarzen Burka zeigten. Mehrere Ereignisse haben die Islamfeindlichkeit angeregt. Zum Beispiel, der Iman der Moschee Genf, Hani Ramadan hat öffentlich die Steinigung der Menschen oder Gliedabsetzung als Strafe für Diebe entschuldigt. Muslimische Eltern verteidigten ihre Tochter am Schwimmunterricht,

Gymnastik oder Sommerlager teilzunehmen. Sie wollen nicht, dass die Mädchen und Jungen zusammen aufwachsen.

Die Medien haben über Zwangsehe, weibliche Genitalverstümmelung und Ermordung muslimischer Frauen „aus Ehre“ geschrieben. Es gab sogar Vorschläge Scharia in der Schweiz einzuführen. So hat die Konservative Partei die Gelegenheit ergriffen, die aus öffentlicher Meinung gebildet war, dass die Politiker nicht so viel machen um die westliche Werte zu schützen.

Gegen Minarette äußerte sich auch bekannte Schweizer Schriftstellerin und Feministin Julia Onken. Sie sagte: *„Moscheen sind nur für Männer geeignet, sie sind also Symbole der Macht der Männer. Der Minarettenbau ist offensichtlich ein Signal dafür das unser Land die Unterdrückung der Frauen akzeptiert.“*

Das Referendumsergebnis hat ein Triumph für die Schweizerische Volkspartei dargestellt. In den letzten zwei Jahren vor der Abstimmung wurde sie die stärkste politische Partei in der Schweiz und ihre Kampagne war stark gegen der Einwanderung.

Der Vorschlag gegen Minarettenbau unterstützte 22 Kantone aus 26 Kantonen mit dem Nationaldurchschnitt von 57, 55 Prozent der Wähler, die für das Verbot standen. Dieses Ergebnis war eine große Überraschung und hat auch Ängste gebracht, dass im bisher friedlichen aber deutlich multikulturellen schweizerischen Umfeld auch extremistische Bewegungen und Terroranschläge als Auswirkung oder sogar als Rache auf das Verbot auftauchen können. (<http://www.theguardian.com/>, 2009)

Es war von vielen politischen Kommentatoren, aber auch von der Seite der europäischen Politiker kritisiert worden, aber auch von der Schweizer Regierung, weil dieses Ergebnis die internationale Reputation der Schweiz als neutraler Staat bemäkeln kann, vor allem in der muslimischen Welt. Die Justizministerin Eveline Widmer – Schlumpf drückte sich aus, dass *„dieses Verbot Ängste des Islams reflektiert und nicht die richtige Lösung extremistischen Tendenzen ist“* (<http://www.bbc.co.uk/>, 2009). Die Kampagne hat sie als eine Verletzung der Menschenrechte kritisiert und als Vorwand für die politische Macht für die rechten Parteien zu gewinnen. Die Regierung wurde dazu gezwungen das Ergebnis anzuerkennen und die Entscheidung des Volkes zu respektieren.

3.3. Mindestlohn-Initiative

Im Jahre 2014 stand in der Schweiz die Frage im Raum ob ein Mindestlohn eingeführt werden soll oder nicht. Einer der Wahlsprüche war beispielsweise „Der Lohn

soll zum Leben reichen". Diese Wahlsprüche sollen symbolisieren wie schwierig es geworden ist, in der Schweiz mit einem geringen Einkommen zu überleben. Unter anderem kann man sich auch die Frage stellen wie sich das eigentlich genau definiert das Wort "Mindestlohn". Gilt das für einen Einpersonenhaushalt oder für eine Großfamilie. Gehört dazu, dass man Kinobesuche macht, eine Städtewohnung besitzt und sogar Ferienreisen unternehmen kann oder das es milde gesagt einfach nur für Essen, Trinken und ein Dach über dem Kopf reicht.

Die Schweiz ist ein starker Sozialstaat in dem niemand verhungern muss. Der liberale Arbeitsmarkt liefert vergleichsweise hervorragende Ergebnisse im Vergleich zum internationalen Arbeitsmarkt. Dennoch kennt auch die Schweiz Armut. Laut einer Statistik lebten 2011 rund 580.000 Personen (7,6%) in armen Haushalten. Der Existenzminimum Verdienst einer Einzelperson betrug dabei 2200 Franken und für eine vierköpfige Familie 4050 Franken. Von den 580.000 Personen sind nur rund 130.000 erwerbstätig. Arbeit mag eine gute Versicherung gegen Armut sein, ist aber dennoch keine Garantie dafür.

Die Problematik bestand also darin zu bestimmen wie hoch der Mindestlohn sein sollte um von Armut zum Mittelstand zu kommen. Die Mindestlohn-Initiative wollte als den gesetzlichen Mindestlohn 22 Franken pro Stunde umsetzen. Das sind umgerechnet etwa 4000 Franken, 3250€ im Monat. Damit würde man vergleichsweise zu vielen europäischen Industrieländern zum soliden Mittelstand gehören. Dazu gab es mehrere Argumente jeweils von Befürworter und Gegner.

Die Argumente der Befürworter sind, dass die Schweiz weltweit zu den wohlhabendsten Ländern gehört. Jeder zehnte Arbeitnehmer (rund 330.000 Personen) verdient weniger als 22 Franken pro Stunde.

Man könne die Sozialhilfe abschaffen, da es keine Niedriglöhner mehr gebe, die auf staatliche Gelder angewiesen seien. Betroffen sind viele Berufe aus Branchen ohne schützende Gesamtarbeitsverträge, wie Schuh-Verkäuferinnen, Flugbegleiterinnen und Gartenbauer. Von diesen 330.000 Personen sind 70% der Frauen betroffen. Die Wirtschaft würde man damit antreiben da jeder Einzelner mehr Geld zum Ausgeben hat.

Unter 22 Franken pro Stunde sei ein Menschen unwürdiger Verdienst, weil dadurch kein mindest Lebensstandart in der teuren Schweiz möglich sei und man am Existenzminimum leben müsste. Es würde auch die faire Unternehmen vor den unfairen besser schützen. Somit können die Firmen sich nicht mehr mit in- und ausländische

Arbeitnehmer gegenseitig mit Billiglöhnen ausspielen. Damit müssen die Arbeitgeber die faire Löhne bezahlen kein befürchten mehr vor der Konkurrenz haben.

Die Gegner der Mindestlohn-Initiative sind wiederum der Meinung das der Mindestlohn nicht nur kontraproduktiv wäre sondern auch noch schädlich für das wirtschaftliche Wachstum der Schweiz. Ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde würde auch ein neuer Weltrekord bedeuten. (<http://www.moneyland.ch/>, 2014)

Ein Mindestlohn von 22 Franken könnten höchstens die Großfirmen finanziell verkraften aber die mittleren und gar kleinen Firmen wohl eher nicht. Es wäre ja nicht nur der Mindestlohn der zukünftig bezahlt werden müsste, sondern all die anderen Gehälter müssten auch aufgestockt werden damit zwischen den unterschiedlichen Berufszweigen kein großes Ungleichgewicht herrscht. Sprich durch die Mindestlohn-Initiative würde man keine bessere Gleichheit erreichen, sondern schiebt alle Löhne mehr oder weniger nach oben. Dadurch könnten mehrere Firmen in finanzielle Schwierigkeiten kommen und müssten aufgrund dessen Personal entlassen oder gar im schlimmsten Fall Insolvenz anmelden, was beudeten würde das man alle Arbeitnehmer im Betrieb fristlos kündigen müsste.

Ein zusätzlicher Nachteil könnte der Anstieg der Schwarzarbeit sein. Um Preise weiterhin für die Konsumenten attraktiv halten zu können, würde man vermehrt zu Schwarzarbeit greifen. Auch das Interesse von Ausländischen Unternehmen würde wahrscheinlich geringer werden. Ein weiterer Punkt wäre auch das die Lebensunterhaltskosten je nach Region stark abweichen. Die Kosten in einer Großstadt sind da deutlich höher als in einer Landwirtschaftlichen Provinz mit einer geringeren Bevölkerungsdichte.

Es gab also viele unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab, der Ständerat mit 29 zu 12 und der Nationalrat mit 137 zu 56 Stimmen. Die Gewerkschaften gehören zu den Befürwortern der Initiative.

Letztendlich stimmten am 18.Mai 2014 die Schweizer mit 77% gegen die Mindestlohn-Initiative. Damit war eine deutliche Mehrheit gegen die Einführung des Gesetzes. (<http://www.karriere-thurgau.ch/>, 2016)

Schlussfolgerung

Da die direkte Demokratie einer der meistdiskutierten Themen dieser Zeit ist, versuchte man in dieser Arbeit alle erlangten Kenntnisse und Ansichten der Experten zu sammeln und zu analysieren. Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Demokratie ein sehr komplexes, misshelliges und uneiniges System ist, welches sich ständig ändert und deswegen die Demokratie von vielen Denkern behandelt wird.

In einem ständig veränderten und zunehmend globalisierten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Umfeld muss die Demokratie den steigenden Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen. Wenn die Demokratie ein Ideal ist, ist dann die direkte Demokratie der einzige Weg zu einer echten Gesellschaft. Die Länder, in der die Menschen direkt an der Politik teilnehmen können, sind stabiler und haben bessere öffentliche Dienstleistungen und eine stärkere Wirtschaft.

Die vorgelegte Arbeit befasste sich gerade mit einem idealen Beispiel der Übereinstimmung der Menschen. Das heißt, dass die direkte Demokratie mit einem einzigartigen politischen System am Beispiel der Schweizerischen Eidgenossenschaft beschrieben werden kann.

Wie in der Arbeit dargestellt und bewiesen wurde, ist das System der direkten Demokratie in der Schweiz offen und flexibel, damit die Regierung und das Parlament auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren können. Die direkte Demokratie in der Schweiz ist genügend stabil, damit der Druck von außen und Zerrüttung von innen standhalten kann. Da es eng mit den Bürgern verbunden ist, hängt es von ihren Aktivitäten ab.

Am Beispiel der Schweizer direkten Demokratie wurde ein Entscheidungsmechanismus gezeigt, wenn das Volk, unter den Bedingungen der direkten Demokratie, als reale Opposition zu den Koalitionsparteien verstanden werden kann. Dies ist gerade der Fall der Schweiz, wo aufgrund der Konkordanzdemokratie, die Koalitionsparteien absolute Mehrheit der Mandate unter der Kontrolle haben. Gerade in diesem System haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht verschiedene Fragen aus dem Leben der Gesellschaft via Volksinitiative vorzulegen, die für das Volk wichtig sind und welche die Regierung nicht lösen will.

In diesem Zusammenhang kann man sagen, dass in dem Gesetzgebungsprozess die Bürgerinnen und Bürger eindeutig das letzte Wort haben und das letzte Wort von der politischen Elite immer akzeptiert ist. Gegen ihren Willen und ohne ihre Zustimmung

können keine Gesetze oder internationale Verträge durchgesetzt werden. Die Politiker, sowohl in der Koalition als auch in der Opposition, müssen die Tatsache berücksichtigen, dass das Referendum existiert und ihre Handlungen dazu anpassen. Das Volk stellt den Gesetzgeber nicht dar und das Referendum und die Volksinitiative sind nicht als gesetzgebende Gewalt der Menschen wahrgenommen. Sie dienen für die Politikberichterstattung, die durch das Parlament und der Regierung durchgeführt wird. Daher muss die Regierung die Tatsache berücksichtigen, dass alle Aktivitäten in dem Referendum diskutiert werden. Die Gesetzgeber sind sich daher bewusst, dass ihre Arbeit von der Öffentlichkeit überwacht wird und deshalb kann man sagen, dass im Vergleich zu anderen Ländern wirklich gute Arbeit tätigen.

Wie in der Arbeit gezeigt wurde, hat die direkte Demokratie jedoch einen Einfluss auf die politischen Parteien. In der Schweiz haben sie nicht so eine herausragende Stellung und Bedeutung als in anderen europäischen Ländern. Es hängt von ihnen ab, ob sie die bestehenden Institutionen der direkten Demokratie zu ihrem Vorteil nutzen und sie damit direkt unterstützen, dass sie sogar auch Initiatoren des Referendums oder Volksinitiative wurden. Ihre Position kann aufgrund der Volksabstimmung ohne die Beteiligung der politischen Parteien schwächer werden.

Die Bürger der Schweiz haben sich durch eigene Aktivität und Verantwortung ihr einzigartiges politisches System aufgebaut, das ihnen dient. Referendum als Instrument der direkten Demokratie schätzen die Bürger trotz geringer Wahlbeteiligung in den letzten Jahren, weil es oft eine positive Veränderung brachte. Und, dass muss auch unterstrichen werden, das Schweizer Referendum ist nicht nur ein politisches Instrument zur Durchsetzung des Willen des Volkes, sondern inzwischen wurde es auch zum Zeichen der Schweizer kulturellen und politischen Identität.

Die Schweiz konnte mit ihrem einzigartigen politischen System als ein Beispiel für andere europäische Länder dienen. Es ist ein Sonderfall in dem ein Gleichgewicht zwischen direkter und der repräsentativen Demokratie ist und in der Schweiz kombinieren sich beide Arten dieser Demokratien. Natürlich, das Volks muss sich bewusst sein, dass die direkte Demokratie für jeden Populisten gefährlich sein kann. Deswegen müssen die Bürgerinnen und Bürger rational entscheiden, weil irgendwelche Beispiele, mindestens aus dem ökonomischen Bereich, fatale Konsequenzen auf die nationale Wirtschaft haben können.

Abschließend lässt sich feststellen, dass mehrere Fragen immer noch offen bleiben und aus diesem Grund muss die direkte Demokratie noch weiterer Untersuchungen

unterliegen, weil das Referendum immer eines der wichtigsten Instrumente der Politik bleibt. Es gilt vor allem im Zusammenhang mit diversen Ambitionen mancher Politiker, das Land in die internationalen Strukturen zu integrieren. Auf einer Seite kann die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation viele Vorteile haben, auf der anderen Seite kann solche Mitgliedschaft gerade auf die Instrumente der direkten Demokratie einen negativen Einfluss haben. Nämlich, nicht in jedem Land, zum Beispiel der Europäischen Union, ist die Volksabstimmung positiv wahrgenommen.

Resumé

Predložená bakalárska práca sa zaoberá témou priamej demokracie vo Švajčiarsku. Priama demokracia patrí vo všeobecnosti k najdiskutovanejším témam dnešnej doby. Táto krajina obkolesená Alpami patrí k jednej z najstarších a najfungujúcejších demokracií na svete. Švajčiarsko bolo založené v roku 1291 a vytvorené z troch najstarších kantónov Schwyz, Uri a Unterwalden a už od tejto doby dbalo na to, aby prenechalo svoje najdôležitejšie rozhodnutia jednoduchým ľuďom. Nielen vláda, ale aj obyčajní ľudia mali právo rozhodovať o postupe, akým sa Švajčiarsko rozhodovalo oslobodiť spod nadvlády Habsburgovcov a uberať sa vlastným smerom.

Švajčiarsko je celosvetovo známe aj vďaka tomu, že občania sú oprávnení hlasovať o akýchkoľvek otázkach prostredníctvom referend. Švajčiarska legislatíva dáva ľuďom priestor vyjadrovať sa okrem triviálnych otázok aj k závažnejším témam ako sú napríklad ľudské práva alebo financie. Švajčiarsko je práve z tohto dôvodu ojedinelým príkladom krajiny, v ktorej občania využívajú priame hlasovanie v takej miere ako nikde inde na svete. K volebnej urne pristupujú minimálne štyrikrát do roka.

Cieľom tejto bakalárskej práce je vysvetliť ako funguje priama demokracia vo Švajčiarsku, aký má vplyv na rozhodovacie mechanizmy a ku akým otázkam sa majú možnosť vyjadriť obyvatelia Švajčiarskej konfederácie prostredníctvom referenda. Práca sa zaoberá teoretickou analýzou priamej demokracie, jej hodnotami, významom a charakteristikou priamej demokracie vo Švajčiarsku a vysvetľuje všeobecný dopad na fungovanie politického systému v krajine.

V súvislosti s týmto cieľom je práca rozdelená do troch kapitol.

Prvá kapitola kladie dôraz na teoretickú rovinu a charakteristiku priamej demokracie, ktoré sú podložené výrokmi známych autorov a politických osobností ako je napríklad Giovanni Sartori či Robert Dahl. Ľudia často krát nedokážu presne definovať rozdiel medzi pojmom sloboda a demokracia a pre lepšie pochopenie tejto problematiky je v práci uvedený priebeh vývoja demokracie od starovekého Grécka až po súčasnosť. Vynálezcom priamej demokracie nie je Švajčiarsko, jej korene siahajú až do vyššie spomenutého antického Grécka. V orientálnych despóciách bola moc pripisovaná len jednému človeku, ale postupom času začali Gréci a Rimania túto moc rozdeľovať medzi viacerých ľudí, podobne ako je tomu už aj v dnešnej dobe.

V práci sú ďalej porovnané formy priamej a reprezentatívnej demokracie. Moderná reprezentatívna demokracia je výsledkom rozšírenia demokratických práv a

slobôd pre všetky vrstvy obyvateľstva. V tejto súvislosti sa zaoberá aj krízou zastupiteľskej demokracie spolu s jej dopadom na krajinu. Na záver sú v prvej kapitole zohľadnené pozitíva a negatíva, resp. výhody a nevýhody priamej demokracie. V práci je spomenutých hneď niekoľko výhod priamej demokracie, medzi ktoré patrí napríklad aj skutočnosť, že obyvatelia sa môžu priamo zúčastňovať na hlasovaní o dôležitých otázkach a tým pádom sa zamedzuje rodinkárstvu a korupcii. Ďalším argumentom je, že ľudia sa môžu na voľbách zúčastňovať nielen párkrát do roka, ale aj po vyhlásení referendumovej otázky, ktorá by ich zaujímala, čo môže byť dokonca niekoľkokrát v priebehu pár mesiacov. Priama demokracia podporuje slobodu ako žiadna iná demokracia a práve z tohto dôvodu predstavujú spomínané výhody neprospech pre reprezentatívnu demokraciu. Na druhej strane sú však v práci uvedené aj nevýhody priamej demokracie a to napríklad, že obyčajní ľudia nemajú dostatok odborných znalostí na to, aby mohli voči položenej otázke zaujať profesionálny a objektívny postoj. Protiargument voči priamej demokracii môže byť aj ten, že položená referendumová otázka môže byť zavádzajúca a môže poškodiť záujmy občanov.

Druhá kapitola ponúka krátky prehľad o histórii a vzniku Švajčiarskej konfederácie. Ďalej je v kapitole rozobraný švajčiarsky politický systém a jeho základné princípy. Tento politický systém háji záujmy jednotlivcov ako aj väčšiny, a práve preto sa práca venuje problémom na úrovni obce, kantónu a štátu ako celku. V tejto kapitole je pokus o interpretáciu podmienok, pod ktorých vplyvom politický systém funguje, ďalej ide o vysvetlenie rozdelenia moci, keďže tá sa vo Švajčiarsku delí na zákonodarnú, výkonnú a súdnu. Zákonodarnú moc si volí ľud a pozostáva z dvoch komôr, konkrétne z Rady štátov a Národnej rady, aby sa nestalo, že by bol niektorý z menších kantónov prehlasovaný väčšinou, a v dôsledku toho by nemohol zastávať svoje záujmy. Zástupcov výkonnej moci volí parlament, vláda teda pozostáva zo siedmich poslancov, ktorí majú podporu aj v kancelárovi resp. kancelárke štátu, a spoločne rozhodujú o politických otázkach. Demokracia vo Švajčiarsku je rozšírená až do takej miery, že aj prezident podlieha podmienke *Primus inter pares*, tj. Prvý medzi rovnými. Práve táto podmienka mu neumožňuje riadiť štát, ale podieľať sa na riadení štátu, rovnako ako je to umožnené ostatným štátnym zástupcom. Okrem tohto privilégia zastáva aj formálnu resp. reprezentatívnu funkciu.

Súdna moc podlieha komplikovanému systému. Spolkový súd sa nachádza na dvoch miestach a to konkrétne v Luzerne a Lausanne. Úlohou súdnej moci je reprezentovať organizovanosť a spoluprácu jednotlivých strán v parlamente. Kapitola sa

zároveň venuje fungovaniu rôznych typov referend a kritériám, ktoré sú potrebné na splnenie podmienok ľudového hlasovania za účelom nadobudnutia platnosti.

V poslednej kapitole je predstavený najdôležitejší nástroj priamej demokracie vo Švajčiarsku, a to síce referendum. Vybrané referendá v tretej kapitole sú z politickej (integrácia Švajčiarska do európskej únie), kultúrnej (zákaz výstavby minaretov) a hospodárskej (minimálna mzda) oblasti.

Referendum z politickej oblasti sa zaoberá vstupom Švajčiarska do Európskej únie. Na základe analýzy tohto referenda je zrejmé, že švajčiarska spoločnosť ešte nie je pripravená na vstup do Európskej únie, hoci by pre túto krajinu vyplývali rôzne hospodárske výhody ako napríklad spoločná mena. Na druhej strane je možné, že by mohla mať táto spolupráca negatívny vplyv na nástroje priamej demokracie. Nie vo všetkých krajinách je totiž ľudové hlasovanie vnímané pozitívne. Názor občanov na túto tému sa rozchádza a preto je v dnešnej dobe stále zastúpený kompromis v podobe bilaterálnych dohôd.

Druhé referendum z oblasti kultúry skúma príčiny a postoje jednotlivých odborníkov k téme zákazu výstavby minaretov vo Švajčiarsku. Potvrďuje sa tu, že veľká časť švajčiarskej spoločnosti zaujíma negatívny postoj voči moslimskej menšine. Zo Švajčiarska sa už v deväťdesiatych rokoch stala imigračná krajina. Ľudia sem prichádzajú za vidinou lepšieho života, pretože je tu najvyššia životná úroveň v Európe. Občania moslimských štátov si sem priniesli svoju kultúru a Švajčiari sú túto kultúru ochotní tolerovať len do istej miery, v roku 2009 sa tak vyjadrili v prospech zákazu výstavby minaretov na území tohto štátu.

Z hospodárskej oblasti je v práci analyzované referendum týkajúce sa minimálnej mzdy vo Švajčiarsku. Švajčiarsko pôsobí dojmom, že patrí k štátom, v ktorých nikto nehľadá, no napriek tomu je v tejto práci objasnená pomerne vysoká miera chudoby. Problematika tejto kapitoly sa zaoberá stanovením výšky minimálnej mzdy, aby sa tomuto problému zabránilo. V tejto súvislosti sa uvádza, že v porovnaní s inými štátmi, ako je napríklad Slovensko, nepredstavuje ľudové hlasovanie nebezpečný prostriedok politiky, pretože priamo na príklade minimálnej mzdy je možné skonštatovať, že obyvatelia nerozhodujú na základe populistickej šablóny.

Obyvatelia Švajčiarska si sami vytvorili politický systém, ktorý im dobre slúži a využívajú ho vo svoj prospech. Je možné povedať, že mnoho otázok ostáva otvorených, a preto je potrebný ďalší výskum v problematike referenda, ktoré naďalej ostáva jedným z najdôležitejších nástrojov priamej demokracie.

Literaturverzeichnis

- BENESCH, S. 2007. *Das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union*. Tübingen: Mohr Siebeck, 2007. ISBN 978-3-16-149323-2.
- DAHL, R. 1995. *Demokracie a její kritici*. Praha: Victoria Publishing, 1995. 304 S. ISBN 80 - 85605 - 81-3.
- GABRIEL, J.M. 1993. *Das politische System der Schweiz*. Wien: Haupt, 1993. ISBN 3-258 - 04844 - 4.
- GERMANN, R.E. 1986. *Handbuch Politisches System der Schweiz: Föderalismus, Band 3*, Bern: Haupt, 1986. ISBN 3 - 258- 03547- 4.
- GLUCHMAN, V. 2011. *Etika a politika: Etické a morálne aspekty fungovania verejnej správy*. Prešov: Prešovská univerzita, 2011. ISBN 978- 80- 555- 0266- 3.
- KIVISTO P. 2014. *Religion and Immigration*. Cambridge: Polity Press, 2014. ISBN 978-0-7456-8666-0.
- LADNER, A. 2002. Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In: KLÖTI, U. u. a. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2002, S. 211-257. ISBN 978-3-03823-866-9.
- LEHMBRUCH, G. (1967): *Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*. Tübingen: J. C. B. Mohr, 1967. ISBN 3-531-14134-1.
- LIJPHART, A. 1994. *Democracies: Forms, performance, and constitutional engineering*. In: *European journal of political research*. Blackwell publishing, 1994. S. 1-17, ISBN 9781446262030.
- LINDER, W. 1999. *Schweizerische Demokratie*. Wien: Haupt, 1999. ISBN 3- 258 - 05803 - 2.
- LINDER, W. 2003. Das politische System der Schweiz. In: ISMAYR, W. (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske + Budrich, 2003, S. 487-520. ISBN 9783810040534.
- LINDER, W. 2010. *Direkte Demokratie und gesellschaftspolitische Konfliktlösung in der Schweiz*. In: WAECHTER, K. (Hrsg.): *Grenzüberschreitende Diskurse*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 2002, S. 409-428.
- LINDER, W.; SCHWARZ, D. 2008. *Möglichkeiten parlamentarischer Opposition im schweizerischen System*. In: *Parlament*, 2/2008, Jg. 11., S. 4-10. ISSN 1610-7780.
- LIPSET, S. M. 1960. *Political man: The social bases of politics*. New York: Doubleday, 1960. 432 S.

- MIKULCIKOVA, A. 2008. *Priama Demokracia ako prostriedok na riesenie krizy zastupitel'skej demokracie*. Banská Bystrica: UMB, S. 270 – 275, ISBN 978- 80- 808 - 724 -2.
- SARTORI, G. 1993. *Teória demokracie*. Bratislava: Archa, 1993. 512 S. ISBN 80-7115-049-5.
- SCHMIDT, J. 2011. *Zurück zur Demokratie – die dringende Wende in der Politik*. Berlin : Epubli, 2011. ISBN 9783844209952.
- ŠTEFANČÍK, R. 2012. *Antiimigračný apel Švajčiarskej ľudovej strany*. In: *Studia Politica Slovaca, Jg. V., Nr. 2*. Bratislava, S. 30-43, 2012, ISSN 1337-8163.
- VERHULST, J. – NIJEBOER, A. 2007. *Priama Demokracia: Fakty a argumenty k zavedeniu občianskej iniciatívy a referenda*. Brusel: Democracy International, 2007. 86 S. ISBN 9789078820055.
- WELWEI, K. 1998. *Die griechische Polis. Verfassung und Gesellschaft in archaischer und klassischer Zeit*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1998. ISBN 3-515-07174-1.

Internet Quellen

- ABENDBLATT H. 2017. *Erdogan pöbelt gegen Minarett-Verbot* [online]. [zitiert 2017-03-02]. Verfügbar im Internet: <<http://www.abendblatt.de/politik/ausland/article107597803/Erdogan-poebelt-gegen-Minarett-Verbot.html>>.
- AMMANN D. 2016. *The Real Reasons Why the Swiss Voted to Ban Minarets* [online]. [zitiert 2017-03-12]. Verfügbar im Internet: <http://www.huffingtonpost.com/daniel-ammann/the-real-reasons-why-the_b_373947.html>.
- ARBEITSRECHTE.DE 2016. *Gibt es einen Mindestlohn in der Schweiz? Wenn ja, wie hoch ist er?* [online]. [zitiert 2017-03-06]. Verfügbar im Internet: <<http://www.arbeitsrechte.de/mindestlohn-schweiz/>>.
- BBC NEWS 2009. *Swiss voters back ban on minarets* [online]. [zitiert 2017-03-12]. Verfügbar im Internet: <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/8385069.stm>>.
- BROTZ S. 2016. *Zwei Franken Stundenlohn – hier lässt die Schweizer Armee ihre Militärstiefel nähen* [online]. [zitiert 2017-03-06]. Verfügbar im Internet: <<http://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/zwei-franken-stundenlohn-hier-laesst-die-schweizer-armee-ihre-militaerstiefel-naehen-130724202>>.

- BRUNO M. 2003. *Wo ist die Opposition der Schweiz?* [online]. [zitiert 2017-02-23]. Verfügbar im Internet: <http://www.andreasladner.ch/dokumente/Seminar03/Seminararbeit_03_Mueller.pdf>.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK 2017. *Strukturerhebung der eidgenössischen Volkszählung 2015: Migrationsstatus* [online]. [zitiert 2017-03-17]. Verfügbar im Internet: <<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration.gnpdetail.2017-0373.html>>.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK 2017, *Religion in der Schweiz* [online]. [zitiert 2017-02-19]. Verfügbar im Internet: <<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/religionen.html>>.
- FREY B. 2009. *Abstimmung würde in anderen Ländern ähnlich aussehen* [online]. [zitiert 2017-02-19]. Verfügbar im Internet: <<http://derstandard.at/1259280942675/Abstimmung-wuerde-in-anderen-Laendern-aehnlich-aussehen>>.
- FRITZSCHE T. 2009. *Direkte Demokratie* [online]. [zitiert 2017-02-17]. Verfügbar im Internet: <<http://www.e-teachers.de/Direkte%20Demokratie.pdf>>.
- GESCHICHTE-SCHWEIZ.CH 2001, *Helvetische Revolution und Republik* [online]. [zitiert 2017-02-19]. Verfügbar im Internet: <<https://www.geschichte-schweiz.ch/helvetik.html>>.
- HERBERMANN J. 2009. *Schweizer stimmen gegen Bau neuer Minarette* [online]. [zitiert 2017-03-16]. Verfügbar im Internet: <<http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-11/schweiz-minarett-wahl>>.
- JUD M. 2004. *Direkte Demokratie Das politische System der Schweiz* [online]. [zitiert 2017-02-17]. Verfügbar im Internet: <<https://demokratie.geschichte-schweiz.ch/direkte-demokratie-schweiz.html>>.
- JUD M. 2004. *Demokratie ist nicht gleich Demokratie Drei Grundtypen von Demokratie im Vergleich* [online]. [zitiert 2017-02-22]. Verfügbar im Internet: <<https://demokratie.geschichte-schweiz.ch/typen-systeme.html>>.
- JUNGE SVP 2009. *Direkte Demokratie. Gegen Minarettenbau. Schweiz.* [online]. [zitiert 2017-03-02]. Verfügbar im Internet: <<http://www.demokratie-spiegel.de/direktedemokratie/direktedemokratiegegenminarettenbauschweiz.html>>.
- KERAJ V. 2011. *Das politische System der Schweiz* [online]. [zitiert 2017-02-17]. Verfügbar im Internet:

<<https://www.vimentis.ch/d/publikation/231/Das+politisches+System+der+Schweiz.html?gclid=CKXXpOWFnNICFQEM0wodsv8CMA>>.

LINDER W. 2010. *Das politische System der Schweiz* [online]. [zitiert 2017-02-22]. Verfügbar im Internet: <http://www.wolf-linder.ch/wp-content/uploads/2010/11/SchweizPolitiksystemIsmayr_ger.pdf>.

MARXER W. 2004. „*Wir sind das Volk*“: *Direkte Demokratie - Verfahren, Verbreitung, Wirkung* [online]. [zitiert 2017-02-22]. Verfügbar im Internet: <http://www.liechtenstein-institut.li/contortionist/0/contortionistUniverses/397/rsc/Publikation_downloadLink/LIB_024.pdf>.

MISEREZ M. 2012. *Schweiz-EU: Ein altes Paar verweigert die Heirat* [online]. [zitiert 2017-03-02]. Verfügbar im Internet: <http://www.swissinfo.ch/ger/20-jahre-nach-ewr-nein_schweiz-eu--ein-altes-paar-verweigert-die-heirat/34056126>.

MONEYLAND-MAGAZIN 2014. *Mindestlohn-Initiative: Pro und Kontra* [online]. [zitiert 2017-03-06]. Verfügbar im Internet: <<http://www.moneyland.ch/de/mindestlohn-initiative-pro-und-kontra>>.

MÜLHAUSER P. 2016. *Löhne Schweiz 2016* [online]. [zitiert 2017-03-02]. Verfügbar im Internet: <<http://www.karriere-thurgau.ch/werkplatz-thurgau/news/allgemein-7/loehne-schweiz-2016-291.html>>.

MÜLLER A. 2012. *Die politischen Rechte der Schweiz* [online]. [zitiert 2017-02-17]. Verfügbar im Internet: <<https://www.vimentis.ch/d/publikation/309/Die+politischen+Rechte+der+Schweiz.html>>.

RELIGIONFACTS.COM 2015. *Minaret* [online]. [zitiert 2017-03-12]. Verfügbar im Internet: <<http://www.religionfacts.com/minarets>>.

STADTVERWALTUNG RAPPERSWIL-JONA 2009. *Politik der Schweiz* [online]. [zitiert 2017-02-13]. Verfügbar im Internet: <http://www.rapperswil-jona.ch/de/soziales/themenbereiche/welcome.php?action=showthema&themenbereich_id=114&thema_id=412&page=1>.

STAMM L. 2011. *Für die direkte Demokratie* [online]. [zitiert 2017-02-19]. Verfügbar im Internet: <<http://www.luzi-stamm.ch/>>.

SCHINDLER F. 2017. *Wie viele Muslime leben in der Schweiz?* [online]. [zitiert 2017-03-16]. Verfügbar im Internet: <<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/wie-viele-muslime-leben-in-der-schweiz/story/29617359>>.

SCHÖCHLI H. 2014. *Wenn der Lohn nicht zum Leben reicht* [online]. [zitiert 2017-03-02]. Verfügbar im Internet: <<https://www.nzz.ch/schweiz/wenn-der-lohn-nicht-zum-leben-reicht-1.18285851>>.

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV 2016. *Schweizer Staat und Volk nach 1848* [online]. [zitiert 2017-02-22]. Verfügbar im Internet: <<https://www.bar.admin.ch/bar/de/home/recherche/suchen/themen/die-moderne-schweiz/schweizer-staat-und-volk-nach-1848.html>>.

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV 1999. *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft* [online]. [zitiert 2017-02-23]. Verfügbar im Internet: <<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/201601010000/101.pdf>>.

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV 2016. *Die Schweiz und die Europäische Union* [online]. [zitiert 2017-02-26]. Verfügbar im Internet: <https://www.eda.admin.ch/content/dam/eda/de/documents/publications/EuropaeischeAngelegenheiten/Schweiz-und-EU_de.pdf>.

TRAYNOR I. 2009. *Swiss vote to ban construction of minarets on mosques* [online]. [zitiert 2017-03-12]. Verfügbar im Internet: <<https://www.theguardian.com/world/2009/nov/29/switzerland-bans-mosque-minarets>>.

VERHULST J. A NIJEBOER A. 2007. *Direkte Demokratie* [online]. [zitiert 2017-02-19]. Verfügbar im Internet: <<http://www.dirdemdi.org/images/de/pdf/verhulst-nijeboer-direct-democracy-de.pdf>>.